

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siebung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Gemütswelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhof 292-295  
Verlag: Dönhof 2506-2507

Dienstag, den 29. April 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postkontofonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Postkontofonto-Gesellschaft, Postkontofonto Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:  
Die einseitige Sonntagsbeilage 0,70 Goldmark, Restbeilage 4.- Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (ausführlich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben abhien für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten 0,50 Goldmark.  
Eine Goldmark — ein Teller geteilt durch 4,20.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postgeheimt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bestellzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

# Einladung zum Selbstmord. Das Wahlprogramm der Alldeutschen.

Der Alldeutsche Verband ist nach einer Tagung seines Gesamtvorstandes in Jena soeben mit einer Kundgebung in den Wahlkampf eingetreten. Ohne eigene Kandidaten aufzustellen, unternimmt er es, die Wahlen im Sinne der Völkischen und des radikalen Flügels der Deutschnationalen zu beeinflussen.

Vorsitzender des Verbandes ist der bekannte Justizrat Claf, der durch belastende Auslagen eines der beiden Hauptbeschuldigten in die Angelegenheit des geplanten rechtsradikalen Attentats gegen den General v. Seekt verwickelt worden ist. Die rechtsradikale Presse veröffentlicht jetzt spaltenlange Enthüllungen über einen Attentatsplan der kommunistischen Tscheka, der sich gegen denselben General gerichtet hat. Dies und das neue Hervortreten des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes veranlaßt uns zu der öffentlichen Frage, wie es mit der Unternehmung gegen Dr. Grandel, Thormann und den von Dr. Grandel der Anstiftung bezichtigten Justizrat Claf steht. Soll etwa auch hier ein Unterschied zwischen „roten mit Somjetgeld bezahlten Banden“ und „irreführten Nationalidealist“ gemacht werden? Wir würden das für höchst ungerechtfertigt halten, denn die einen sind der anderen wert.

Die „irreführten Nationalidealist“ des Alldeutschen Verbandes waren 1914 die Haupttreiber des Krieges. Während alle vernünftigen Politiker wußten, daß Deutschland in einem Krieg gegen die ganze Welt im besten Falle das nackte Leben retten könnte, während damals selbst Herr Bülle in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vor einem Ueberspannen des Bogens warnte, höhnten die „Alldeutschen Blätter“ am 4. Juli über die Offiziösen, die „offenbar das Fürchten gründlich gelernt“ hätten. Am 11. Juli sagten sie voraus, Deutschland werde sich für die Schädigung, die ihm von England drohe, „an Frankreich schadlos halten in einer Weise und mit einer Gründlichkeit, daß an ein Aufstehen sobald nicht mehr zu denken ist.“ Am 1. August jubelten sie, daß Oesterreich „sich ausgerafft“ habe, und am 3. August hieß es in einem Delirium des Entzückens: „Es ist eine Lust zu leben! Die Stunde haben wir ersehnt!“

Am 5. September proklamierten die „Alldeutschen Blätter“ das „Germanenrecht“ und wünschten dem deutschen Volk einen Cato, der ihm den Satz einhämmere: „Britannien muß vernichtet werden!“

Die „Marslisten“ waren gewillt, den Krieg als einen Verteidigungskrieg einem möglichst raschen Verständigungsfrieden entgegenzuführen. Gegen diese bessere Erkenntnis wandte sich der ganze „furor teutonicus“ der alldeutschen Tobsucht. Selbst das Andenken des im Kriege gefallenen Ludwigs Frank wurde in widerwärtiger Weise beschmüht. Das ganze „Kulturgeschwäh“ wurde zum Teufel gewünscht, nie wieder werde „die höher stehende Rasse“ mit den Kriegsgegnern, „dem Lumpenpack auf Erden“ kulturell zusammenarbeiten, jetzt sei die Zeit gekommen, um „das größere Deutschland“ zu schaffen. Als im Herbst 1914 das Gerücht auftauchte, die Regierung sei bereit, gegen einige koloniale Gebietsveränderungen Frieden zu schließen, hieß es:

Kommt es nicht fast einer Schmähung des deutschen auswärtigen Amtes gleich, ihm zuzutrauen, es habe um solcher Ziele willen das deutsche Volk in den Krieg geführt!

Darauf dann in einer Weihnachtsbotschaft — erkenne dich selbst! — die Erklärung folgte:

Der vielbefohlene Alldeutsche Verband hat in allen seinen Vorlesungen, Mahnungen, Warnungen recht behalten, er hat sich in Wahrheit als das „Gewissen des deutschen Volkes“ erwiesen.

So ging es mit Annexions- und U-Boots-Kriegsbege weiter bis zum 28. September 1918, an dem die DVA mit ihrer dringenden Waffenstillstandsbitte den Bankrott anmeldete. Aber der Alldeutsche Verband hat natürlich in allem „recht behalten“ — bis auf den heutigen Tag!

Jetzt, am 28. April 1924, läßt sich das besagte „Gewissen des deutschen Volkes“ folgendermaßen vernehmen:

Die Vorschläge der sogenannten Sachverständigen legen Deutschland Schlimmeres auf, als der Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum: sie verlangen die restlose Preisgabe der Währungs-, Finanz- und Tarifhoheit des Reiches, deren verheerende Folgen unser Volk sich nicht schmeinen genug vorstellen kann, sowie unerträgliche Eingriffe in den Bestand und Betrieb der deutschen Privatwirtschaft, deren Arbeitsbedingungen bis zur Unmöglichkeit erschwert werden.

In solche Lage hat zuseht die Verständigungspolitik des Reichskanzlers und Außenministers Stresemann unser Vaterland gebracht; an unserem Volke ist es, dazu Stellung zu nehmen. Nach allem Erlebten heißt es zunächst, alle neuen Forderungen der Feinde ablehnen, insbesondere diejenigen, die sich auf Grund der „Sachverständigenurteile“ erheben — ablehnen ohne Rücksicht auf noch so harte Folgen.

Angeichts des bösen Willens unserer Feinde und aus der Erkenntnis, daß jede Nachgiebigkeit uns nur immer mehr in die Gewalt unserer Feinde gebracht hat, muß unser Volk sich zu dem Entschluß durchringen, endlich das zu tun, was es schon beim Waffen-

## Wahlgruß aus Frankreich.

### Die französischen Sozialisten an die deutschen.

Der „Populaire“ vom 26. April veröffentlicht folgende Kundgebung:

Die französischen Arbeiter erwarten mit der größten Spannung das Ergebnis der deutschen Wahlen. Sie sind vollkommen von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ein Sieg der nationalistischen Reaktion in Deutschland eine vielleicht nicht wiedergutzumachende Schlappe nicht allein für den internationalen Sozialismus, sondern auch für die heilige Sache der Zivilisation und des Friedens bedeuten würde.

Wir hätten lebhaft gewünscht, daß die allgemeinen Wahlen in Frankreich den deutschen Wahlen vorangegangen wären, anstatt ihnen zu folgen, wie es nunmehr der Fall sein wird. Wir waren nämlich überzeugt, daß ein Erfolg der Demokratie in unserem Lande — ein Erfolg, auf den wir mit der hartnäckigsten Energie und

mit den stärksten Hoffnungen

hinarbeiten — eine segensreiche Wirkung auf die deutschen Wahlen auslösen würde, da er die Möglichkeiten einer Annäherung und Verständigung zwischen den beiden Ländern verstärken würde. Heute aber sehen wir uns veranlaßt, zu befürchten, daß die umgekehrte Rückwirkung eintritt und daß ein Erfolg der äußersten Reaktion in Deutschland zu einem

### Wahlmanöver der letzten Stunde gegen die französische Demokratie

ausgebeutet werde. In dieser Hinsicht ist das Schicksal beider Völker unlösbar verbunden.

### Der Nationalismus bei dem einen ruft den Nationalismus bei dem anderen hervor und läßt ihn erstarken.

Jeder Erfolg, ebenso wie jede Niederlage der Republik, der Demokratie und des Sozialismus in dem einen Lande wirkt sich jenseits der Grenze entsprechend aus. Deshalb richten die Sozialisten Frankreichs einen eindringlichen Appell an die Westläufigen Deutschlands:

### Genossen, das Schicksal Europas hängt zum großen Teil von eurer Weisheit und von eurem Mute ab.

Vergeht nicht, daß, indem ihr gegen die deutsche Reaktion kämpft, ihr damit zugleich gegen die Weltreaktion den Kampf führt. Vergeht nicht, daß, indem ihr gegen den deutschen Nationalismus kämpft, ihr damit zugleich gegen alle Mächte des Hasses und des Krieges den Kampf führt.

Aus vollem Herzen verfolgen die französischen Sozialisten euren Kampf, der zugleich ihr eigener ist.

### Es lebe der Friede! Es lebe die Arbeiterinternationale!

Für die parlamentarische Fraktion: Léon Blum.

Für das Generalsekretariat der Sozialistischen Partei: J. D. J. B. Sévère.

stillstand 1918 hätte tun sollen: den Forderungen der Feinde ein unbeugsames „Nein“ entgegenstellen und lieber alle Folgen auf sich zu nehmen und so zur Befreiung zu gelangen, als in knechtischer Unterwerfung den Schreden ohne Ende zu wählen, und damit den Verderb der kommenden Geschlechter zu verursachen. Als Volk können wir Deutschen nur durch diesen Entschluß gerettet werden!

Alle, die Schuld daran haben, daß wir in die heutige verzweifelte Lage gekommen sind, müssen aus dem öffentlichen Leben verschwinden oder ausgeschaltet werden (!), soweit das jetzt irgendwie erreichbar ist — einerlei, ob es sich um einzelne oder Gruppen handelt. Dies gilt insbesondere für die Juden und die, die in ihrem Geiste und Dienst arbeiten, vor allem die marxistischen Sozialisten, die Demokratie und die Stresemann-Gruppe, es gilt für den politischen Ultramontanismus und sonst alle, die durch ihre Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie sich an deren Sünden mitschuldig gemacht haben.

Der Aufruf fordert weiter, daß „alle Leistungen an die Feinde eingestellt werden“. In der inneren Politik wird die Aufrichtung der völkischen Diktatur als Ziel verkündet und als Mittel dazu die „Zertrümmerung der Erfüllung- und Verständigungsmehrheit“. Als Ergebnis dieser äußerst praktischen Methoden wird „die Befreiung des unterjochten Deutschtums“ in ganz Mitteleuropa in sichere Aussicht gestellt.

Man hat in früheren Zeiten über die Alldeutschen als über phantastische Karren gelacht. Aber nach dem namenlosen Unheil, das sie anrichteten, ist den leichtfertigen Unterschätzern der alldeutschen Gefahr das Lachen vergangen. Der Verband übt nicht bloß Einfluß bei den Völkischen und den Deutschnationalen, sondern bis weit in die bürgerlichen Mittelparteien hinein, ebenso in die wirtschaftlichen Organisationen des Unternehmertums, den Reichslandbund und den Reichsverband der deutschen Industrie. Infolgedessen ist auch ein großer Teil der deutschen Presse von seinem Ungeist verseucht.

„Helferisch ist der Vater den Rentenmark!“ So steht's in allen deutschnationalen Flugblättern geschrieben. Daß er es nicht war, hat er selber bewiesen, indem er zur Ablehnung der Sachverständigenurteile und damit — wer zweifelt daran? — zur Vernichtung der Rentenmark riet. So handelt ein Vater an seinem Kind nicht. Welche Folgen die von ihm und den Alldeutschen empfohlene Politik auch immer sonst haben mag, daß ihre erste, unmittelbare Folge eine neue Inflationswelle sein müßte, darüber kann kein Streit bestehen. An der Inflation ist der Ruhrkampf zusammengebrochen. Nun soll die Welle des nationalen Widerstandes gegen die ganze Welt bis zur Befreiung des ganzen mitteleuropäischen Deutschtums von französischer, polnischer, dänischer und tschechischer Herrschaft eingeleitet werden mit einer neuen Inflation. Jeder denkfähige Mensch muß sich sagen, daß es bei dieser Einleitung bleiben und daß die großartige Aktion mit dem unwiderrücklichen, dem endgültigen äußeren und inneren Zusammenbruch enden müßte.

Unter solchen Umständen bedeutet am 4. Mai jeder völkische, deutschnationale oder auch kommunistische Stimmzettel — denn die Kommunisten unterstützen begeistert die Nichterfüllungspolitik der Rechten — geradezu einen Schnitt in den Hals des deutschen Volkes. Siegen diese Heiden, dann wäre es Zeit, der Geschichte des deutschen Volkes ein Schlusskapitel zu schreiben mit der Ueberschrift: „Selbstmord aus Dummheit.“

Selbsterhaltung oder Selbstmord? Die Frage wird sich entscheiden je nach der Stärke, mit der die Sozialdemokratie aus diesem Kampfe gegen eine Hölle des Wahnsinns hervorgehen wird!

## Angestellte und Sozialdemokratie

Von E. Aufhäuser.

Das kapitalistische Unternehmertum ist auf der ganzen Linie zur Offensive gegen die Angestellten übergegangen. Unter dem Schlagwort „Nieder mit dem Marxismus“ hat die bürgerliche Regierung Marx-Stresemann nach dem Diktat der Arbeitgeberverbände als die Hauptaufgabe ihrer großen „Sanierungsaktion“ den gesamten gesellschaftlichen Angestelltenstand bis auf ein Minimum abgebaut. Inmitten der durch die Schwerindustrie systematisch unerhört verstärkten Wirtschaftskrise sind die Angestellten recht- und schuldlos gemacht worden. Ungeachtet der furchtbaren Not und sozialen Hilfsbedürftigkeit gerade auch der Kopfarbeiter hat es die derzeitige von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten getragene Regierung abgelehnt, auch nur einen der gegen diese soziale Reaktion von der Sozialdemokratie eingebrachten zahlreichen Anträge zu den unsocialen Verordnungen der letzten Zeit im Reichstag zu beraten. Die brutale einseitige Unternehmerpolitik der bürgerlichen Parteien ging so weit, daß der Reichstag im Augenblick höchster politischer Spannung aufgelöst wurde, nur um einer Beratung der sozialdemokratischen Anträge zu entgehen.

Die sogenannten „Angestelltenvertreter“ im Reichstag Herr Lam bach von der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Thiel von der Deutschen Volkspartei haben zwei Jahre hindurch bedingungslos jene bürgerliche Reichstagsmehrheit unterstützt, die unter der Führung von Stinnes, Helfferich und Havenstein jeden Versuch einer rechtzeitigen Stabilisierung der deutschen Mark verhindert haben. Alle sozialdemokratischen Vorlagen zur Erfassung der Sachwerte, zur Schaffung fester Währungsverhältnisse, zur Anpassung der Besitzverhältnisse an die Geldentwertung, wurden mit Hilfe der Thiel und Lam bach

ledergestimmt. Dieser „Bürgerkrieg“, wie ihn die Besten in Deutschland durch Steigerung der unheilvollen Inflation gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger geführt haben, ist tausende von Angestellten an die Grenze des Hungers getrieben, er hat tödlich gewirkt.

Die Angestellten im besetzten Gebiet waren gut genug, während der Dauer des passiven Widerstandes unbegrenzte materielle und seelische Art zu bringen, die Angestellten im ganzen Reich mußten die Staatslasten durch die pünktlich und vollwertig entrichtete Lohnsteuer tragen. Die industriellen Parteigenossen jener „Angestelltenvertreter“ haben inzwischen durch die Selbstwertung jede Steuer sabotiert und darüber hinaus durch die Inanspruchnahme der Reichsbankkredite der Allgemeinheit Milliardenbeträge zum Zwecke privater Devisenspekulation geraubt. Die Demokraten, die diesmal auch wieder einen Renommierangestellten auf ihre Liste setzten, haben sich als die Vertreter des Bankkapitals willig unter die damalige Führung Helfferichs begeben. Die Böttischen, die heute als „Nationalsozialisten“ geistliche Anleihen bei der Sozialdemokratie machen, um Angestelltenstimmenfang betreiben zu können, haben in der Vergangenheit jeden Staatsmann auf Leben und Tod bekämpft, er es auch nur gewagt hätte, ansatzweise einmal die Besten mit Steuern zu bedenken und die Angestellten als Steuerzahler zu entlasten. Deutschnationale und Böttische hatten jene Atmosphäre erzeugt, in der die Mordmorde an Erzberger und Rathenau verübt worden waren, weil diese beiden bürgerlichen Minister mit sozialem Einschlag es gewagt hatten, der Steuerdrückerbergerei der „vaterländischen“ Geschäftsmacher Einhalt zu gebieten. Die sozialen Versprechungen der Nationalisten vor der Wahl sind heuchlerisch. Jede Schwächung der Sozialdemokratie im kommenden Reichstag wäre gleichbedeutend mit verstärkter Steuerlast der Angestellten, weitem sozialen Abbau, mit Abwälzung der Kriegs- und Reparationslasten auf die arbeitenden Volksschichten.

Der kommende Reichstag steht vor der Aufgabe, die gesamte Sozialpolitik für Angestellte neu zu regeln. Die Verordnungen sind durch ordentliche Gesetze abzulösen. Die Angestellten sollten sich am 1. Mai daran erinnern, daß im alten Reichstag bei allen Beschlüssen für den sozialen Angestelltenchutz die bürgerlichen Parteien stets geschlossen gegen die Sozialdemokratie gestanden und zugunsten der Angestellten entschieden haben. Aus parteipolitischen Erwägungen hat man die kostspielige Verwaltungs- wie versicherungstechnisch unzulässige Angestelltenversicherung als Sonderinstitut konserviert. Die Angestellten müssen die Kosten für diese politische Absonderung der Angestellten von den Arbeitern tragen. Bei der Beratung des Arbeitsnachweisgesetzes haben die bürgerlichen Parteien das im volkswirtschaftlichen Interesse nötige Monopol einer zentralen öffentlich-rechtlichen Stellenvermittlung verhindert, dagegen die private Vermittlung der Unternehmer und die gewerbsmäßige Stellenvermittlung als Waffe der Schorfmacher gegen die Angestellten neu geschmiedet. Die bürgerlichen Angestelltenvertreter haben dabei nicht gescheut, sogar die Chiffreinsätze gegen ihre eigenen Berufsgenossen gefällig zu verantern.

Sie haben die Hand dazu geboten, daß in Verbindung mit der Erwerbslosenfürsorge den arbeitslosen Angestellten eine unerträgliche Arbeitspflicht auferlegt werden konnte. Es wird heute in der Bahlagitation verschwiegen, daß die bürgerlichen Arbeitnehmervertreter im alten Reichstag von ihren kapitalistisch eingestellten Parteiführern gezwungen worden waren, bei den Abstimmungen im Plenum immer wieder gegen die geringsten im sozialpolitischen Ausschuss erzielten Verbesserungen zu stimmen. Die Verbesserungsanträge der Thiel, Lambach, Erkelenz, Wimmerfeld, Andre usw. wurden aus agitatorischen Gründen im Ausschuss gestiftet und den Angestellten draußen bekannt gegeben. Im entscheidenden Augenblick wurden sie im Plenum wieder aufgehoben, ohne den Umfall den Wählern in Angestelltenkreisen mitzuteilen.

Die Vertreter der christlichen und kirchlich-demokratischen Gewerkschaften vereinigten sich Anfang 1923 im Reichswirtschaftsrat mit der Arbeitgeberabteilung, um gegen die Stimmen der freien Gewerkschaften einen Arbeitszeitgesetzentwurf anzunehmen, der den Achtstundentag zur Ausnahme, die zehnstündige Arbeit zur Regel machen sollte. Der christlich-nationale Arbeitsminister Brauns hat dann unter Nichtachtung aller sozialdemokratischen Anträge am 17. November 1923 die Demobilisierungsvorgaben über den Achtstundentag ablaufen lassen, ohne vorher den Reichstag mit der Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes zu befragen. Er hat damals bewußt einen geschlossenen Zustand eintreten lassen, um so jene verhängnisvolle Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 erlassen zu können. Noch am 22. November 1923 beantragten die Sozialdemokraten im Fünfhundertauschuss erneut die Demobilisierungsvorgabe zur Schaffung eines Gesetzes wieder in Kraft zu setzen. Am 8. Dezember 1923 stimmte die Mehrheit den sozialdemokratischen Antrag nieder. So haben sich alle bürgerlichen Parteien für den zehnstundentag entschieden.

Das organisierte Unternehmertum hofft im neuen Reichstag das Werk der Reaktion vollenden zu können. Der letzte behördliche Schutz zur Sicherung der Tarifverträge der Angestellten und das Schlichtungswesen sollen durch die „freie Wirtschaft“ ersetzt werden. Der einzelne Angestellte soll wieder ohnmächtig in der Gehaltsverhandlung mit seinem Arbeitgeber sein.

Deshalb liegt es an den Angestellten, am 4. Mai die politische Konsequenz aus ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage zu ziehen. Nur wenn sich die Angestellten auch politisch mit der übrigen arbeitenden Bevölkerung in der Sozialdemokratie vereinigen, können sie politische Macht entfalten. Der Reichstag muß aufhören, der Resonanzboden für die kapitalistische Ausbeutung der Angestellten zu bleiben. Die bürgerlichen Parteien brauchen heute die Stimmen der Angestellten; sie loben in ihrer Presse die willfährigen „Angestelltenvertreter“ aus dem alten Reichstag und denken bei sich:

„Die Schafe werden nie geschelt,  
Das ist der Trost der Böse!“

Gibt ihnen am 4. Mai die Antwort, wählt die Partei der Kopf- und Handarbeiter, die Vereinigte sozialdemokratische Partei!

### Münchens edle Nordbrenner.

Das Gericht attestiert ihnen „lautere Gesinnung“ und läßt sie laufen.

München, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Unter starkem Andrang von Hakenkreuzern wurde am Montagnachmittag das Urteil im Prozeß gegen den Stoßtrupp Hitler verkündet. Es erzielten wegen eines Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat

Die beiden Rädelsführer Maurice und v. Knobloch je ein Jahr sechs Monate Festungshaft und 100 M. Geldstrafe, Fröhel und Schneider je ein Jahr vier Monate Festungshaft und 50 M. Geldstrafe, sämtliche übrigen Angeklagten die Mindeststrafe von einem Jahr drei Monaten Festungshaft und 30 M. Geldstrafe. Feichtmayr und Otto wurden außerdem wegen Diebstahls mit zwei Monaten Gefängnis bestraft. Das Gericht billigte sämtlichen Angeklagten für ein Jahr drei Monate Bewährungsfrist zu. Außerdem wird allen Verurteilten die Untersuchungshaft angerechnet.

Da Maurice und Schneider nicht in Untersuchungshaft waren, haben sie drei bzw. einen Monat Festungshaft abzuhängen. Die übrigen Angeklagten wurden sofort auf freien Fuß gesetzt.

In der Begründung dieses schamlosen Urteils wird festgestellt, daß der Tatbestand, wie ihn die Anklagebeschriftung aufweist, als erwiesen anzusehen ist. Die Angeklagten haben bewußt und vorsätzlich das Unternehmen Hitlers gefördert, ihre Taten sind also schließlich als Ausführungshandlungen ihres Vorhabens zu betrachten. Auch ohne die einzelnen Handlungen (Zerstörung der „Münchener Post“, Geiselnahme der Stadträte usw.) stellt das Verhalten der

Angeklagten eine strafbare, hochverräterische Handlung dar. Allerdings ist die Zerstörung der „Münchener Post“ ein Übergriff in fremdes Eigentum. Aber der eigentlich Verantwortliche ist der stichtige Hauptmann Gering, der dem Stoßtrupp den entsprechenden Befehl im Namen der neuen Regierung gegeben hat. Die Angeklagten glaubten sich zu dieser Handlung verpflichtet wie Soldaten. Infolge dessen waren die Beschuldigten zu Mindeststrafen zu verurteilen, von der nur in vier Fällen abgegangen werden mußte, weil die Betroffenen sich spezielle Gewalttätigkeiten gegen einzelne Personen zuschulden kommen ließen. Milderungsgründe sind außerdem gegeben

in der laueren Gesinnung der Angeklagten

und in ihrem blinden Vertrauen auf ihre Führer. Es muß ihnen zugestanden werden, daß sie ihrem Vaterlande nützen wollten; das ergibt sich auch schon allgemein aus der Zielrichtung der Nationalsozialistischen Partei.

Im besonderen beschäftigt sich die Urteilsbegründung, die sich in sehr vielem auf das Urteil des großen Hitler-Prozesses stützt, mit dem Einwand der Verteidigung, daß der Stoßtrupp eine militärische Streitmacht gewesen sei, die nicht Hitler, sondern Ludendorff unterstellt war, und da Ludendorff freigesprochen sei, müßten auch seine Soldaten, die nur den Befehl ausgeführt hätten, freigesprochen werden. Dazu stellt das Gericht fest, daß Ludendorff noch seinen eigenen Angaben kraft eigenen Rechts als Befehlshaber der Patentreue gehandelt hat. Ludendorff stütze sich nicht auf Hitler, wie das bei den Angeklagten ausschließlich der Fall war. Ihr Vorbehalt ist also ein grundsätzlich anderer als der Ludendorffs.

Das Urteil im kleinen Hitler-Prozeß reiht sich dem Freispruch Ludendorffs und der Strafe für die Hochverräter Hitler, Poehner und Genossen würdig an. Aber es ist heute zwecklos, über die seit mehreren Jahren in Bayern ohne Unterbrechung betriebene Justizschande viel Worte zu machen. Allein der Gedanke, daß Töller und Mählam heute immer noch hinter Festungsmauern sitzen, während Hitler mit „Bewährungsfrist“ abgeurteilt und Ludendorff freigesprochen wurde, charakterisiert die im „Ordnungsstaat“ übliche „Gerechtigkeit“ genügend. Am 4. Mai muß die Wählerschaft über diese Schmach ihr Urteil fällen. Sie muß zur Urteilsbildung vor allem folgendes beachten: Die Urteilsverkündung im kleinen Hitler-Prozeß bejagt u. a., schon die Zielrichtung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ergebe, daß die Nationalsozialisten ihrem Vaterlande nützen wollen. Bis her aber hat diese Zielrichtung sich praktisch unter Norden und Rauben geäußert. Wenn bayerische Richter es trotzdem fertig bringen, die in fortgesetzter Form vollzogenen Verbrechen der Nationalsozialisten gewissermaßen als im Interesse des Vaterlandes liegend zu betrachten, dann kennzeichnen sie damit zur Genüge ihre geistige Verfassung, die für das Vaterland ebenso verderblich ist wie das Wirken der Nationalsozialistischen Partei.

### Sorgen der Bayern.

Mit wem soll man regieren?

München, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) In einer Kritikerliste der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“, die aus der Feder des innerhalb der Partei sehr einflussreichen Abgeordneten Schäffer stammt, werden alle Möglichkeiten der Regierungsbildung in Bayern auf Grund des Wahlergebnisses vom 6. April untersucht. Schäffer kommt dabei zu folgendem Schlussergebnis: „Es bleibt nur die eine Möglichkeit, daß trotz aller parteipolitischen Bedenken die Bayerische Volkspartei wiederum den Versuch für sich allein unternimmt, das bayerische Staatsschiff aus dem Chaos herauszufahren. Wenn ihr die Mehrheit des Landtages dabei in den Arm fiele, nun wohl, dann müßte neuerdings die Entscheidung fallen zwischen Volk und Parlament.“

Von besonderem Interesse ist auch die parteipolitische Stellungnahme zu einer Regierungsbildung mit den Böttischen. Unter den Gründen, die gegen eine solche Lösung angeführt werden, heißt es u. a.: „Die Parteioffiziellen vertreten den Gedanken des inneren Bürgerkrieges ganz offen. Es ist kein Geheimnis, daß sie nach dieser Richtung weiterarbeiten. Der deutsche Beherr-

schon hat sich bis heute in Bühnenkreisen zahlreiche Anknüpfungen erhalten. Brachvogel war während der Zeit, in der er an dem Stück schrieb, am Woffischen Telegraphenbureau beschäftigt, und ein großer Teil des „Korzij“ ist, wie Paul Lindau, der gleichfalls im W.B. tätig war, in seinen Erinnerungen erzählt, in den Pausen des Redaktionsdienstes entstanden. Als Brachvogel das Stück beendet hatte, schrieb er es — ebenfalls im Woffischen Bureau — sauber ab, bestellte es in einen schönen Umschlag und reichte es dem damaligen Generallintendanten der königlichen Schauspiele, Botho v. Hülsen, ein. Eines Tages kam der berühmte Charakterdarsteller des Schauspielhauses, Ludwig Dessler, in das Bureau der Generallintendanten und sah, während er auf den Intendanten wartete, wie eben ein ganzer Berg unbrauchbarer Bühnenmanuskripte verpackt wurde, um an die Autoren zurückgeschickt zu werden. Da fiel ihm ein Manuskript ins Auge, das in — leuchtendem Goldpapier eingebunden war. Unwillkürlich zog Dessler das goldschimmernde Heft heraus und begann darin zu lesen. Es war der „Korzij“ von H. E. Brachvogel, wie auf dem Titelblatt stand. Dessler wurde alsbald so von dem Stück gefesselt, daß er die ersten drei Akte in einem Zug las, und als er dann zum Intendanten kam, war er schon so begeistert, daß er ihn vor allem bat, das Stück nach Hause mitnehmen zu dürfen. Hülsen erlaubte es ihm, und die Folge war, daß „Korzij“, dessen Titelrolle für Dessler wie geschaffen schien, alsbald von Hülsen angenommen und wenn auch erst nach mancherlei Schwierigkeiten, am königlichen Schauspielhaus in Berlin aufgeführt wurde. Hätte Brachvogel das Manuskript damals nicht in das schöne Goldpapier gebunden, so wäre es unweigerlich zurückgeschickt und das Stück vielleicht überhaupt nie aufgeführt worden.

Noch einer famölen Episode muß hierbei gedacht werden. Am Tage der ersten Aufführung des „Korzij“ — am 7. März 1886 — herrschte ganz absehbare Regenwetter. Es gab vom Himmel, und Brachvogel war daher mit dem Regenschirm in der Hand ins Theater gekommen, um der Vorstellung beizuwohnen. Der Erfolg war glänzend: aus einem völlig Unbekannten war mit einem Schlage ein berühmter Dichter geworden. Aber Brachvogel war derartig erregt, daß er seinen Triumph zunächst kaum fassen konnte und wie betäubt war, als das jubelnde Publikum ihn zu sehen verlangte. Nun trat Dessler endlich auf ihn zu, sagte ihm bei der Hand und zog ihn auf die Bühne hinaus, wo er stürmisch begrüßt wurde. Aber auf vielen Gesichtern erschien auch ein Lächeln, denn der gute Brachvogel hatte noch immer seinen nassen Regenschirm in der Hand, den er während der ganzen Vorstellung triumphal festgehalten hatte. Auch auf novellistischem Gebiete erwies Brachvogel sich sehr fruchtbar. Seine historischen Romane „Ludwig XIV. oder die Komödie des Lebens“, „Der fliegende Holländer“, „Das Rätsel von Hildburghausen“ wurden ihrerzeit viel gelesen. Seine „Geschichte des königlichen Theaters zu Berlin“ bringt für Forscher auf diesem Gebiete viel wertvolles Material. Vorübergehend wohnte er in Eisenach und Weisenfels, dann dauernd in und bei Berlin und starb am 27. Dezember 1876 in Dichtenberg.

Humboldt-Hochschule. Eine Experimentaldarstellung über Kundant findet heute abend 8 Uhr in der Hohenzollernschule, Berlin, Unter-Str. 22, statt. Vortragende: Dr. Reiser und Oberingenieur Raiz-

## Ein Gläschen Wasser.

Von Rudolf Schwarzkopf.

Die kleine Konditorei ist keineswegs elegant und luxuriös, sondern im Gegenteil eher schäbig und reizlos.

Trotzdem sind immer alle Tische besetzt, und nicht etwa, wie man glauben sollte, von Gästen bescheideneren Zuschnitts, der mit der Dürftigkeit des Raumes gut zusammenstimmen würde. Nein, den Leuten, die hier verkehren, dampft Wohlstand, Reichtum, Ueberfluß aus allen Poren. Gefährliche Herren, mandelnde Schneiderreflexen, monotonisierende Vertöhrungen des Genies an sich, samt der dazu gehörenden Weiblichkeit natürlich, bilden den Stamm des Publikums. Und draußen auf der Straße hält Auto neben Auto und wartet.

Denn die kleine Konditorei ist ein Lokal für Kenner, berühmt dafür, den besten Kaffee zu schenken, und ihre Lorien und Rufen sind Offenbarungen Wiener Reizempfindlichkeit, wie es sie in der grahen Stadt Berlin, mitten in der märkischen Sand- und Regenwüste, nur an dieser einzigen Stelle gibt.

Die Preise sind danach. Und die äußere Schabigheit ist offenbar nur ein Geschäftsniff des gerissenen Kaffeewirts. Der rabidale Verdacht auf die landesübliche „Aufmachung“ unterstreicht die Güte des Gebotenen pilantier und effektvoller, als alle Teils einer raffinierten Innenausstattung es vermöchten, ganz abgesehen davon, daß die Leute, um die es sich hier handelt, ganz gern einmal auch ohne schmeckende Faustuln, majestätische Teppiche und dämönische Vampen sich behelligen, weil sie diese Dinge, die nur noch den Kleinbürger zeigen, in ihren Wägen, Stadtmohnungen, Klubs und Umkleekabinen ohnehin bis zum Ueberdruß genießen.

Ich gehe oft in die kleine Konditorei, denn ich liebe guten Kaffee und Kuchen. Auch sehe ich gerne gut angezogene Männer, selbst wenn sie dumme, rohe Tiere sein sollten, wie diese da. Ja, ich schäme mich nicht, zu sagen, daß Frauen mit gepflegten Körpern in schönen, kostbaren Kleidern über feiner Wäsche und Seidenstrümpfen mir mehr bedeuten, als schädlich wäre, sofern man den Maßstab ethischer Würdigkeit und moralischen Wertes anlegt. Aber ich bin ein sündiger Mensch und der Klasse schlechter Instinkte.

Trotzdem schmeckt mir der Kaffee nie, wenn Frieda, die Köchlerin, über Kopfschmerzen klagt.

Seider hat das arme Mädchen fast immer Kopfschmerzen. Von Eif bis Eif kommt sie nicht aus dem engen, rauchigen, ständig überhitzten Lokal. Immer muß sie auf den Beinen sein, bald zwischen den Tischen, bald am Büfett, doch das Ärgste ist die ewige Nege nach der Küche, die meist abliegt, am Ende eines langen dunklen Korridors, zu dem Stufen hinaufführen. Wieviel hundert Stockwerke steigt Frieda jeden Tag? Wieviel Kilometer muß sie zurücklegen? Wieviel Zenner Süßrahm und Rostkaffee auf glatten Platten schleppen?

Wannschweil denkt auch sonst jemand daran. Dazu sagt etwa der

diese Fabrikant, der immer am ersten Fensterlich sitzt, nicht herrlich wie sonst: „Noch ein Glas Wasser, Fräulein!“, sondern er schmeckelt und tröstet gewissermaßen: „Ach bitte noch ein Gläschen, liebes Kind, wenn Sie so freundlich sein wollen!“

Aber das Gläschen muß ebenso weit herangebracht werden wie das Glas, und der dicke Fabrikant bleibt, der er ist, auch wenn er freundlich tut, und Frieda bleibt Frieda mit ihren Kopfschmerzen, und die Stufen zur Küche werden nicht niedriger davon und der lange dunkle Korridor nicht kürzer.

Denn was steigt viel an der Form von Befehlen, wenn sie nicht aufhören, Befehle zu sein, schwer und lästig auszuführen, ohne inneren Anteil, seelenlos und fremd bis zur Feindschaft?

Eigentlich schade. Wie leicht und einfach würde doch das Leben sein, wäre das zum Gläschen verniedliche Glas ein taugliches Instrument zur Lösung der sozialen Frage.

Doch die ist offenbar komplizierter, als selbst das wohlmeinendste Fabrikantenhirn ahnt.

### Der Dichter des „Korzij“.

Hundert Jahre sind heute verflossen, seit Emil Brachvogel in Breslau das Licht der Welt erblickte. Eine ernste Jugend war ihm beschieden. Sein Vater wurde zeitig von der Cholera hingerafft, seine Mutter von Anwandlungen von Melancholie heimgeführt. Er selbst hatte viel unter Kränklichkeit zu leiden. Er besuchte höhere Schulen, wurde aber zeitig von einem starken Hange zur Bühne erfaßt und entschied sich nach dem Tode der Mutter für die mütterliche Kunst. Aber schon sein erstes Auftreten in Wien bewies, daß er nicht zum Schauspielerei geschaffen war, und so schlug er die schriftstellerische Laufbahn ein. In Breslau studierte er Philosophie und verwandte Fächer, lebte dann abwechselnd in Berlin und in einem schlesischen Gebirgsdorf, verheiratete sich und ließ eine Menge kleinerer Schriften erscheinen. Schwere Schicksalschläge trafen ihn verarmen. Doch gelang es ihm, eine Stelle als Sekretär am königlichen Theater, dann eine solche beim Woffischen Telegraphen-Bureau zu erhalten, so daß er das tägliche Brot für sich und die Seinen verdienen konnte. Als Schriftsteller hatte er 1856 den Erfolg, sein Trauerspiel „Korzij“ über die Bühne gehen zu lassen und mit ihm einen großen Triumph zu erringen. Das Stück verlor sich in das Frankreich des 18. Jahrhunderts, wo die Sündenwirtschaft des fürstlichen Absolutismus unter Ludwig XV. und seiner Mätresse Pompadour Land und Volk an den Rand des Abgrunds gebracht hatte und wo schon das dumpfe Gewittergrollen der kommenden großen Revolution zu vernehmen war. Des alle Schandregiment mit der Devisen „Nach uns die Sintflut“ ist meisterhaft gezeichnet, und großartig wirkt ihr gegenüber die Gestalt des unglücklichen Korzij Rameau, des legitimen Gatten der Pompadour, der, vom Geiste Rousseaus durchdrungen, die ganze Höhe der Zustände und den drohenden Zusammenbruch durchschaut, der verdorbene Hofgesellschaft die bittersten Wahrheiten sagt und von ihr zum Lachen von Paris gestempelt wird.

Ueber die Entstehung und Erstausführung des „Korzij“, durch den bekanntlich Ferdinand Lassalle die Anregung zu seiner

gedanke wird von ihnen mißbraucht, um eine revolutionäre Partei-  
wehre zu schaffen. Nach Ueberzeugung der Bayerischen Volkspartei  
ist die erste und dringendste Aufgabe des neuen Kabinetts, den  
Kampf gegen jede illegale Machtbildung im Staate  
zu führen, jede Vorbereitung einer neuen Revolution mit der Waffe  
in der Faust niederzuschlagen. In ein Kabinetts, das diese Aufgabe  
erfüllen soll, die Parteipolitischen hineinnehmen, hieße doch wohl, den  
Bod zum Gärtner machen."

## „Unter der Peitsche des Herrn.“

Völkische Bekenntnisse.

Wie die Deutschvölkischen über die Gleichberechtigung der sonst  
immer mit Pathos als „Volksgenossen“ angeredeten deutschen Mit-  
bürger und Mitbürgerinnen in untergeordneter sozialer Stellung  
denken, darüber hat sich in der von dem bekannten völkischen Schrift-  
steller Schmidt-Gleichenfels herausgegebenen „Politisch-  
Anthropologischen Monatschrift“ mit geradezu erschütternder Deutlich-  
keit ein Ungermane Franz Haifer ausgesprochen. Die Arbeit  
dieses Herrn bezieht sich „Freie und Unfreie“ und geht von der  
Anschauung aus, daß es urarische Herrschaftsprinzip  
gewesen sei, die Menschen in Freie und Unfreie zu schei-  
den. Erst durch bedenkliche Humanitätssapientiel und weisfremde  
Religionen — gemeint ist damit vor allem das Christentum — sei  
dies Prinzip dem Staate entzunden worden. Wörtlich heißt es  
dann: „Der aufstrebende Staat bedarf nun einmal  
der Sklaverei; sie bestand auch tatsächlich immer, seit die  
Welt besteht, entweder in dieser oder in jener Form; sind wir nicht  
scheinheilig und wünschen wir uns nicht! Dementsprechend fordert  
der Verfasser denn auch zu Zwangsmitteln gegen die Arbeiter auf,  
„möge sich auch der „aufgekürte“ Knecht noch so mühsam und rade-  
schraubend gebürden!“ In ähnlicher Tonart geht es weiter:

„Was hätten die Griechen zu unserem allgemeinen oder besser  
allgemeinen Wohlbefinden geagt, das seine männlichen und weib-  
lichen Hausknechten zur Last schied? ... Die Emanzipation  
unserer weiblichen Hausbediensteten seit der heutigen olokrati-  
schen Zeit die Krone auf. Wehe, wehe dem hochschreienden Ger-  
mentum, das sich nicht dieser Erniedrigung nicht erwehren  
konnte. Wollen wir Studienmädchen die freie Selbst-  
bestimmung philosophieren, die äußerlich mit feinen Halb-  
schuhen und durchbrochenen Strümpfen Begehr-  
lichkeit erwecken, unter diesem Flitter aber  
einen nie gewaschenen Körper verbergen? Die  
jedes Bild und jeden Spiegel nur äußerlich und höflich vom Staub  
reinjigen, deren Rückseite aber in Schmutz und Spinnweben ver-  
kommen lassen? Bei deren Trägheit sich jedes Hausgeschick mit  
einem undurchdringlichen Bodenschlamm überkrustet?

„Die Römerin hätte in so einem Falle einfach nach der  
Peitsche gegriffen, die moderne Hausfrau aber muß noch froh sein,  
wenn dieses Ansehn von Frauen, Unreinlichkeit, Frechheit, Un-  
fähigkeit, Unerschlichkeit und Dirnenhaftigkeit überhaupt im Hause  
bleibt. Und diese Menschenklasse müssen unsere nationalen Volks-  
erzieher durch „Aufklärung“ bekehren, pflichtgetreu und vater-  
ländisch denken, handeln und fühlen zu machen? Was für Vor-  
stellungen haben diese beneidenswerten kindlichen Gemüter vom  
Seelenleben dieser Menschenklasse!

„Unsere Nachkommenschaft müssen wir einer strengen Prüfung  
unterziehen und aus ihr herausheben, was noch an Herrenblut zu  
retten ist ... Wer dem Reiche Aburamadas anheißt, der soll  
stehen, wer aber Aburamaten sehen will, der soll Knecht sein,  
um unter der Peitsche der Herren dem Guten zu dienen. Das ist  
urarischer Dualismus! ...

Wenn wir aber biologisch darauf hinweisen, was Knochen nach  
historischen und biologischen Reiche eigentlich gebildet, daß da  
jedem Ruffstand Kreuz, Peitsche und Keiten bevorzogen und sie heute,  
dank unserer Güternütigkeit, Weisheit und Dummheit, wie  
Narren statt wie Sklaven leben, so wird das den Mut der Herren-  
leute geben, auf das Rücken unserer Sklavenführer aber etwas  
abfälliger wirken.“

So urteilen die „Völkischen“, die heute in jeder Wähler-  
versammlung schmalzig von den „lieben Volksgenossen“  
reden, in Wahrheit über diejenigen, die gezwungen sind, sei es als  
Arbeiter, sei es als Angestellter im Geschäft oder im Hause mit ihrer  
Hände Arbeit ihr Brot zu verdienen. Nicht gleichberechtigte Volks-

Anton-Wildgans-Vorlesung im Herrenhaus. Es ist ein festliches  
und dankbar empfundenes Glück, in einer Zeit verworrener Verden-  
kheit die klare Sprache dieses österreichischen Dichters an unser  
Herz rühren zu lassen. Wie in diesen klaren Versen aus  
Edmud und feuchter Verkommenheit der „Erniebrigten und Be-  
schädigten“ eine Sehnsucht aufsteigt nach Reinheit und Güte, die  
jedem Leben abelt, wie die Kaserne herrischer Leidenschaften ge-  
bändert wird in lächelndem Verstand und tiefem Verstehen, das ist  
eine Kunst, wie sie nur edles Gefühlserlebnis und die Sicherheit  
einer alten reifen Kultur geben können. Vielleicht gerade durch die  
Schlichtheit des Motivs doppelt ergreifend waren „Die Frau des  
Kriegerndes“ und „Im Anblick meines schlafenden  
Kindes“. Im „Triptichon“ gab er das Schicksal einer Liebe  
vom Glück der ersten Nacht bis zur Würdigkeit der überfälligen  
Vollendung, wunderbar hineingeflossen in das wandernde Gesicht  
der Jahrezeiten. Der letzte Akt aus dem Drama „Rain“ hat  
nicht den letzten Atem bewundernswürdiger Leidenschaft, wie ihn das un-  
ruhige Herz unserer jungen Dichter trägt, hier fehlt die eigenliche  
Reizvolligkeit, die alles Geklungen vordrückt treibt. Aber das hohe  
Ethische der dichterischen Gestaltung wozu auch hier zu erklärter  
Anerkennung. Man muß dem Deutschösterreichischen  
Volkswunde für diese Veranstaltung Dank wissen, sie hat das  
geistige Band zwischen den Brüdern fester geknüpft. S. W.

Die Kunstgemeinde Neudän beschloß ihre Veranstaltungen am  
Donnerstagabend mit einem Konzert des verstärkten  
Berliner Sinfonie-Orchesters unter Leo Blechs  
Führung und Conrad Anzorges Mitwirkung. Vater Haydns  
C-Dur-Sinfonie, Bechers zarte Ouvertüren zu „Carnegie“ und  
„Oberon“, sowie Borpiel und Liebestod aus „Tristan und Isolde“  
von Wagner fanden eine vollendete Wiedergabe; namentlich die do-  
minanten Gegensätze waren glänzend herausgearbeitet; der Klang  
der Streich- und Holzblasinstrumente von bewundernder Weichheit.  
Der schon im Anfang der letzten Jahre stehende Anzorg erwies sich  
noch als temperamentvoller Vermittler des herrlichen Beethoven-  
schen Klavierkonzerts in Es-Dur. Dirigent und Solist  
waren mit Liebe bei der Sache und fanden den wohlverdienten,  
nicht endenwollenden Beifall der Zuhörer. Die Leitung der Neu-  
dän Kunstgemeinde hat im letzten Halbjahr Vorzügliches geboten,  
wir wünschen ihr auch in Zukunft besten Erfolg und wolleste Unter-  
stützung für ihr ideales Streben.

Ein Ausstellungsgebäude Poelzigs am Zoo. Wegen der Errichtung  
von Ausstellungsgebäuden und Kaufhäusern an der Umgrenzung des  
Zoo am Ruffstedenweg, am Adler- und Eisenportal, wird seit  
längerer Zeit verhandelt. Die Architektfrage ist jetzt in der Form  
gelöst worden, daß Prof. Hans Poelzig den Auftrag und die  
Bauführung übernommen erhielt. Neben den romanischen Kirchbauten  
Schwefelens wird sich also ein Stück modernster Baukunst ansiedeln.

Verträge. Dr. Guban Wagners hält einen Kurus „Grundfragen  
der Sozialpolitik“ von Dienstag, den 6. Mai, ab in den Räumen des Sozial-  
wissenschaftlichen Clubs, Wilhelmstr. 48, nach einem Kurus „Einführung in  
Sozialpolitik“ von Donnerstag, den 8. Mai, ab im Sitzungssaal 226 des Stab-  
hauses Alsterstr. Teilnahme nur nach schriftlicher Anmeldung sowie Aus-  
kunft durch Dr. Erbslöhler, Berlin-Friedenau, Weststr. 24, I.

Megim Gott in mit seinem Sohn zu einem Erholungsurlaub in  
Sorrent einzuverfolgen.  
Die Beschlüsse von New York betrug am 1. Juli 1923 6016 000  
gegenüber 5 920 000 am 1. Juli 1922.

# Wann wird geräumt?

Die englische Auffassung.

London, 28. April (W.B.) Gewisse französische Blätter  
haben kürzlich die Frage aufgeworfen, ob die Engländer die Absicht  
hätten, das Kölner Gebiet Ende Juni zu räumen. An hiesiger  
zuständiger Stelle wird erklärt, daß eine derartige Frage nur unter  
einer bestimmten Voraussetzung gestellt werden kann.  
Dies ist offenbar begründet auf der Annahme, daß die Zeitabschnitte,  
für die die verschiedenen Gebiete des Rheinlandes besetzt worden sind,  
von dem Datum der Unterzeichnung des Versailler Vertrages  
(28. Juni 1919) abhängig sind. Dies ist indessen nicht der Fall, denn  
der Vertrag besagt ausdrücklich, daß die Zeitabschnitte betreffend die  
Räumung von der Aufstellung des ersten Protokolls und der Depo-  
nierung der Ratifikationen ab datieren sollen. Dieses Datum  
war der 10. Januar 1920.

Diese englische Erklärung ist von großer Bedeutung. Zum  
erstenmal wird durch sie Stellung genommen gegen die Behauptung  
Poincarés, daß die Räumungsfrist noch nicht zu laufen  
begonnen haben. Am 10. Januar 1925 laufen die ersten fünf Jahre  
der Besetzung ab und soll die erste Zone, die geographisch mit dem  
Rheingebiet zusammenhängt, geräumt werden. Die Londoner  
Erklärung läßt erkennen, daß England für die Räumung zum ange-  
gebenen Termin einzutreten gewillt ist.

## Macdonald mahnt Poincaré.

London, 28. April. (W.B.) Premierminister Macdonald gab  
heute abend im Verlaufe einer Rede in seinem Wahlkreis Aberconon  
(Wales) eine wichtige Erklärung über den Bericht der  
Sachverständigen ab. Er sagte, in Frankreich habe es  
einige Mißverständnisse gegeben, da seine letzte Rede in  
Paris nicht genau wiedergegeben worden sei. Er wünsche keinen  
Zweifel darüber zu lassen, daß er den Bericht der Sachverständigen  
als eine günstige Gelegenheit für eine Regelung und für ein Über-  
einkommen ansehe. Geseht, diese Gelegenheit würde von einigen  
Staatsmännern nicht benutzt werden, so würde dies nichts anderes  
bedeuten, als daß man eine einzigartige, von Gott gesandte Ge-  
legenheit außer acht gelassen und vergeudet habe. Soweit er selbst  
in Betracht komme, habe er nicht die Absicht, eine einzige Mög-  
lichkeit zu verlieren, den Bericht der Sachverständigen zur Geltung  
zu bringen, und er höge den Wunsch, daß Frankreich an seiner Seite  
stehen möge. Einige Blätter sprächen von einer Isolierung  
Frankreichs. Nichts wünsche er so wenig wie das; er habe im  
Gegenteil den Wunsch, Seite an Seite mit Frankreich zu  
stehen. Vor allem würde er gern Poincaré zur Kenntnis bringen,  
daß Frankreich, soweit keine Sicherheit in Frage komme,  
keinen besseren Freund in England habe als  
ihn selbst. Wenn Poincaré und er selbst diesen Dingen gegen-  
über eine verschiedene Auffassung verträuen, so sei dies  
nicht der Fall, weil sie etwa in dem Bestreben, für Frankreichs  
Sicherheit und Glück zu sorgen, nicht einer Meinung seien. Er sei  
überzeugt, daß die Berichte der Sachverständigen im Zusammenhang  
mit den Lehren der letzten vier Jahre Frankreich dazu bringen  
würden, zu erkennen, daß der Weg zu einem neuen Frieden, zur  
Gleichheit und Wohlfahrt Europas nur betreten werden könne  
durch treue Kameradschaft, durch Zusammenarbeit mit Belgien und  
den kleineren Nationen und dadurch, daß man Deutschland eine  
wirkliche Möglichkeit gebe, eine Verpflichtung zu übernehmen und

genossen sind diese Menschen für die völkischen Rassenapostel, sondern  
ein schmutziges und saures Sklavengesindel, das mit  
der Peitsche regiert werden sollte.

Dieses Sklavengesindel aber soll den Völkischen am 4. Mai seine  
Stimme geben und es ihnen so erwidern, ihre „arischen“ Herr-  
träume auch in die Wirklichkeit umzusetzen! In der Tat: sie würden  
den Namen von Sklaven und die Peitsche verdienen, wenn sie auf  
diese völkische Demagogie hereinsinken würden!

## Der Fall Spahn.

Kultusministerium gegen Universität Köln.

Die Universität Köln besitzt u. a. auch einen Lehrstuhl der  
Geschichte, für den Dr. Martin Spahn als ordentlicher Pro-  
fessor verpflichtet ist. Spahn ist bekanntlich vor einigen Jahren der  
Partei seines Vaters untreu geworden und wird jetzt von den  
Deutschnationalen als katholisches Paradiespferd vorgeführt. Außer-  
dem hat Spahn inzwischen die Leitung einer Deutschnatio-  
nalen Parteischule in Berlin übernommen, obwohl er nach  
wie vor sein volles Gehalt als Professor der Universität Köln bezieht,  
ohne aber gleichzeitig auch seinen Verpflichtungen nachzukommen.  
Diesen Skandal nahm die sozialdemokratische Stadt-  
verordnetenversammlung bei der Beratung des Haushalts er-  
neut zum Anlaß folgender Erklärung:

„Professor Spahn verkehrt seit Jahr und Tag die von ihm an  
unserer Universität übernommenen Pflichten in sträflichster Weise.  
Trotzdem wurde das Kuratorium gezwungen, ihm seine vollen Be-  
züge zu zahlen. Gegen alle akademischen Gebräuche  
und gegen seine ausdrücklich übernommenen Verpflichtungen hat  
Herr Professor Dr. Martin Spahn seinen Wohnsitz von Köln nach  
Berlin verlegt. Er hat dort die Leitung einer deutschen Partei-  
schule übernommen, seine Verpflichtungen glaubt er damit erfüllen  
zu können, daß er in einigen Reichsfahrten zweimal in  
der Woche nach Köln kommt und seine Vorlesungen abhält. Er  
entzieht sich außerdem der Aufgabe, in händigem geistigen Aus-  
tausch mit den Studenten den wirklichen Sinn akademischer Lehr-  
tätigkeit zu erfüllen. Seine Seminare und vor allem das  
von ihm gegründete Institut für Zeitungskunde werden  
vollständig vernachlässigt. Sämtliche Unvollständig-  
keitserscheinungen haben Spahns Verhalten als pflichtwidrig erklärt.  
Fakultät und Kuratorium haben in wiederholten Eingaben an das  
Kultusministerium das Disziplinarverfahren gegen Spahn verlangt.  
Der Kultusminister stützt jedoch in auffälliger Weise den  
rentierten Professor und mißachtet dabei die Interessen  
der Kölner Universität, wogegen mir als finanzielle Er-  
halter der Hochschule aufs energischste protestieren. Es scheint fast,  
daß der Herr Kultusminister bereits den künftigen deutschnatio-  
nalen Abgeordneten Spahn oder gar seinen Nachfolger fürchtet.  
Herr Martin Spahn ist deutscher nationaler Reichstags-  
kandidat, er redet viel von der deutschen Grenzwehr im  
Westen und will die Jugend zum Befreiungskampf er-  
zuchtigen. Wie vereinbaren sich seine großen Worte mit der Tat-  
sache, daß er selber die von ihm übernommene kulturelle Grenz-  
wehr im Westen in sträflichster Weise vernachlässigt? Mit den  
Unvollständigkeitserscheinungen mühte sich auch die Kölner Stadtver-  
ordnetenversammlung in dem Appell an den Kultusminister ver-  
einigen, einen seiner Pflicht nicht getreuen Universitätsprofessor  
aus seinem Amt zu entfernen.“

Die Haltung des preussischen Kultusministers ist in der Tat mehr  
als mervwürdig und dürfte selbst in seinen eigenen Parteifreien  
keinen Anklang finden. Wer gibt einem Minister das Recht, gegen  
das Wohl der Allgemeinheit zu handeln, wie es im Falle Spahn

se zu halten. Er habe die Absicht, sein Bestes zu tun, um diese  
Politik ohne irgendwelche Winkelzüge oder irgend-  
welche Täuschungen vermittels einer offenen und klaren  
Politik auszuführen.

## Belgien und Frankreich.

Paris, 28. April. (W.B.) Ministerpräsident Theunis und  
Außenminister Hymans wurden heute nachmittag 10 Uhr in Be-  
gleitung des belgischen Botschafters am Quai d'Orsay empfangen.  
Die Minister begaben sich nach der Unterredung zum Essen, wozu  
der Ministerpräsident eingeladen hatte. Theunis erklärte den  
draußen wartenden Journalisten, daß die Unterredung rein  
privat war. Es hätten ihr weder Sekretäre noch Stenographen  
beigewohnt. Er werde sich heute abend nach Brüssel zurückbegeben,  
da er morgen vor dem belgischen Senat das Budget des Finanz-  
ministeriums zu vertreten habe. Nach Beendigung des Essens ist  
die Unterredung zwischen den Staatsmännern wieder aufgenommen  
worden.

Die Beratung der belgischen und der französischen Minister  
um 5 1/2 Uhr zu Ende gewesen. Es wurde folgendes offizielles  
Communiqué ausgegeben: Die belgischen und die französischen  
Minister sind in einem Gefühl freundschaftlichen Ver-  
trauens in einen vorläufigen Meinungsaustausch über die ver-  
schiedenen anlässlich der Sachverständigenberichte aufgetretenen Pro-  
bleme eingetreten, die der Kompetenz der Regierungen unterliegen.  
Sie gedenken diese Besprechung fortzusetzen, um sobald wie möglich  
im Einvernehmen mit den übrigen alliierten Regierungen zu einer  
allgemeinen Regelung zu gelangen.

Paris, 28. April, mitternacht. (Gca.) Aus diplomatischen Kreisen  
erfährt man, daß der Eindruck, den die belgisch-französische Minister-  
konferenz hinterlassen hat, ein außerordentlich günstiger sei. Die  
Unterhaltung sei von großem gegenseitigen Vertrauen getragen  
gewesen. Es seien zwar keine Entscheidungen getroffen worden,  
zumal solche gar nicht getroffen werden sollten, da das Eingreifen  
der Regierungen erst für den Zeitpunkt vorgesehen sei, an dem die  
Reparationskommission von Deutschland Nachricht über die Aus-  
führung des Sachverständigenplans erhalten habe. Man habe  
sich darüber

geeinigt, daß die wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Einheit  
des Reiches entsprechend dem Sachverständigenplan wieder-  
hergestellt werden soll, sobald Deutschland wirklich begonnen  
haben werde, den Plan auszuführen.

Die militärische Besetzung werde bis zur vollendeten Ausführung  
des Planes aufrechterhalten bleiben, jedoch mit verminderten  
Besatzungstruppen.

## Deutsche Mitglieder der Vorbereitungsausschüsse.

W.B. meldet: Die Kriegskostenkommission in Paris hat gestern  
der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitgeteilt,  
die die deutsche Regierung in den Organisationskomitees für die  
Reichsbahn und die Industrieobligationen vertreten  
sollen. Für das Eisenbahnorganisationskomitee wurden von deutscher  
Seite genannt: Staatssekretär Vogt und Staatssekretär Berg-  
mann. Für das Komitee zur Organisation der Industrieobligationen:  
Staatssekretär Trendelenburg und Geheimrat Bähler.

geschlecht? Im übrigen aber zeigt der Fall Spahn, daß die Deutsch-  
nationalen Pflichtverletzung nur kennen, wenn es sich um beamtete  
Angehörige anderer Parteien handelt. Wo ist z. B. der von den  
Deutschnationalen fortgesetzt geschmähte republikanische oder gar  
sozialistische Beamte der Reichsregierung, der seine Pflichten so verletzt  
hätte, wie es bei dem deutschnationalen Parteimann Spahn der  
Fall ist? Er stößt das Geld der Allgemeinheit ein, ohne seinen  
Pflichten nachzukommen und dennoch gibt es einen preussischen  
Kultusminister, der die deutschnationalen Geschäftsprogr., die auf  
Kosten des Staates ausgeübt wird, deckt.

## Deutschvölkische Kandidaten.

Zu deutschvölkischem Licht.

Die „Deutschvölkische Freiheitspartei“ hat in  
Magdeburg u. a. die Herren Hehnig und Weberstedt als  
Kandidaten aufgestellt. Die Nationalsozialisten bekämpfen diese  
Kandidaten. Sie behaupten, Hehnig sei nach den Akten der D.D.  
wegen Heiratschwindels als Ehemann disziplinarisch  
bestraft worden, und gegen Weberstedt, der sich in seinem Offi-  
zierskorps keines Ansehens erfreut, würden schwere Vorwürfe er-  
hoben.

Die Nationalsozialisten hatten in Magdeburg einen  
gewissen Reiter als Arbeiterkandidaten aufgestellt. Daraus  
kündigte die Deutschvölkische Freiheitspartei an, sie werde, wenn Reiter  
nicht von der Liste verschwinde, ihn durch die schwerwiegend-  
sten Verdächtigungen in der Öffentlichkeit unmöglich machen.

In Mecklenburg-Schwerin sind Hauptredner im  
deutschvölkischen Lager der Landtagsabgeordnete und  
Amtshauptmann Helmuth Giese und der Oberamtsinspektor  
Rudolf Jacobs. Das deutschnationalen Blatt in Schwerin, die  
„Mecklenburger Nachrichten“, behaupten, es sei befohlen beabsich-  
tigt, gegen beide das Disziplinarverfahren wegen sittlicher  
Verfehlungen einzuleiten.

So schäht man sich im Lager derer ein, die die Erneuerung  
Deutschlands auf ihre Fahnen geschrieben haben.

## Die Minderheitenfrage in Polen.

Warschau, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Sinto-  
partei haben beschlossen, im Sejm einen Dringlichkeitsantrag  
einzubringen, welcher die Regierung auffordert, die Minoritäten-  
frage sofort zu regeln. Der Antrag entwirft die Grundlagen  
der Territorialautonomie sowie die Richtlinien für die Behandlung  
der deutschen und jüdischen Frage. Diese Wendung in der Stellung  
der Sejm-Parteien in der Minoritätenfrage ist auf die jüngst in  
London erfolgte Fühlungsnahme der Vertreter der  
Sintoparteien mit der englischen Arbeiterregie-  
rung sowie auf die den Minoritäten entgegenkommende Politik  
Sowjetrußlands zurückzuführen.

Die Lage lebt weiter. Heftig hat in einem seiner letzten  
Artikel gegen die Reichsregierung die ungewöhnliche Beschuldigung  
erhoben, daß sie die offiziellen Berichte über die Sachverständigen-  
berichte absichtlich verzerrt und gefälscht habe, um die öffentliche  
Meinung für die Annahme günstig zu stimmen. Die Regierung  
weist jetzt diese von der deutschnationalen Presse mit Eifer for-  
geponnene Legende in einer ausführlich begründeten Darstellung  
zurück.

# Feiert am feiertag der Arbeit!

## Gewerkschaftsbewegung

### Kleinkrieg und Verhandlungen. In der Berliner Metallindustrie.

Seit dem Scheitern des letzten Lohnkampfes in der Berliner Metallindustrie dauert der Kleinkrieg fort, der bald da, bald dort zur Arbeitseinstellung oder zur Aussperrung führt. Neben dem Lohnkampf ging ein Manteltarif, der die Bestimmungen über die Arbeitszeit, den Urlaub usw. enthält. Dieser Manteltarif läuft Ende April ab. Wie wir bereits mitgeteilt haben, hatten die Unternehmer bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Manteltarifs u. a. die Kürzung der Urlaubszeiten und die Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit bzw. der Überstunden ohne Zuschlag, die auf Anordnung der Unternehmer geleistet werden müssen, gefordert. Die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärten darauf, daß sie weder in eine Kürzung des Urlaubs noch in sonstige Verschlechterungen einwilligen können. Wenn die Unternehmer auf ihrer Forderung beharren wollten, dann würde auch der Manteltarif fallen und auch in dieser Beziehung ein tarifloser Zustand eintreten.

Wenn man den Äußerungen der Unternehmer glauben dürfte, dann müßte ihnen eine derartige Aussicht hoch willkommen sein. Es scheint jedoch, daß den Unternehmern der von ihnen heraufbeschworene Kleinkrieg, der durch das Fallen des Manteltarifs natürlich nur eine Verschärfung erfahren könnte, recht unangenehm zu werden beginnt. Sie haben deshalb in eine Verlängerung des Manteltarifs bis zum 1. Juni eingewilligt, ohne auf den von ihnen geforderten Verschlechterungen zu bestehen.

Am Sonnabend fanden nun auf Veranlassung des Schlichters Verhandlungen über eine eventuelle Beilegung des Lohnkonfliktes in der Metallindustrie statt. Nach Mitteilung des Schlichters sind für die Metallindustrie gegenwärtig 43 Einzelstreikigkeiten angemeldet.

Zu einer Einigung ist es jedoch nicht gekommen. Die Parteien haben sich nur verpflichtet, vor einem vom Schlichter eingesetzten Schiedsgericht zu erscheinen. Es ist jedoch auf Antrag der Arbeitervertreter festgelegt worden, daß ein eventuelle Schiedsgericht nicht für verbindlich erklärt werden dürfe. Das Schiedsgericht soll nächsten Freitag zusammentreten.

Ob der Versuch, der den Arbeitgebern offenbar nicht ganz unerwünscht kommt, eine Einigung in der Lohnfrage herbeizuführen, gelingen wird, erscheint uns bei der Einstellung der leitenden Köpfe im DGBA vorläufig noch recht zweifelhaft. Diese Scharwacherelei glaubt immer noch, den Arbeitern mit aller Gewalt einen sogenannten Entbehrungsfaktor aufzuzwingen zu können. Sie sieht so sehr im Abhängigkeitsverhältnis von der Schwerindustrie, daß sie es nicht wagen kann, und zum guten Teil auch gar kein Interesse daran hat, auf einen Abbau der wucherischen Rohstoffpreise zu dringen. Was die Fertigungsindustrie auf der einen Seite der Schwerindustrie überzahlen muß, möchte sie auf der anderen Seite den Arbeitern weniger zahlen. Auch von der schönen Gewohnheit der, sagen wir einmal weitherigen Kalkulation, die man sich während der Inflationsperiode zugelegt hatte, will man nicht abgeben. Die Arbeiter können ja entbehren!

Aber wenn es am kommenden Freitag auch nicht zur Einigung kommen dürfte, dann wird es sicherlich nicht mehr sehr lange dauern, bis die Lohngrundzüge des DGBA so sehr ins Wanken gebracht sein werden, daß auch die Scharwacherelei sich zu einer für die Arbeiterschaft annehmbaren Einigung verstehen werden. Wozu fest, das wissen die leitenden Köpfe des DGBA sehr wohl, haben sie ihre Mitglieder nicht mehr in der Hand.

### Nachwort zum Textilarbeiter-Verbandstag.

Die in der Woche von 16. bis 18. April 1924 in Kassel stattfindende Verbandsgeneralsammlung der Textilarbeiter stand ganz unter dem Kampfsymbol: Amsterdam oder Moskau. Wenn man den Äußerungen der kommunistischen Parteipresse glauben kann, so konnte die KPD diese Generalsammlung nicht früh genug erwarten, um einmal mit der „Bureaukratie“ des Textilarbeiterverbandes fürchterliche Abrechnung zu halten und zum andern, um den Verband der Moskauer Internationale zu unterstellen. Es sollte sozusagen ein Exempel statuiert werden. Daß sie den Sieg über die Amsterdamer Richtung davon tragen würde, darüber bestand bei ihr gar kein Zweifel. Deshalb forderte sie auch seit Jahr und Tag die Abhaltung der Generalsammlung, die an ihrem Jubiläumstermin aus den bekannten Gründen nicht abgehalten werden konnte.

Es versteht sich von selbst, daß die KPD alle Vorbereitungen getroffen hatte, um den Textilarbeiterverband zu erobern. Seit Monaten wurde der heftigste Kampf gegen die sogenannte Verbandsbureaukratie geführt. Die von dem Verbandsvorstand ausgeschlossenen kommunistischen Delegierten waren von der kommunistischen Zentrale nach Kassel kommandiert worden, um an der Generalsammlung teilzunehmen, was die Generalsammlung natürlich ablehnte. Die kommunistischen Generalsammlungsdelegierten hatten genaue Anweisungen von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale erhalten, nach welchen sie auf dem Verbandstag zu arbeiten hatten. Der bekannte günstige Wind hatte aber auch der „Verbandsbureaukratie“ — welche ein Recht — das Moskauer Geistesprodukt zugewandt und rückstuflos, wie nun einmal die Amsterdamer sind, gaben sie das „Geheimnis der Opposition“ der Generalsammlung preis. Man kann sich nun leicht ein Bild davon machen, welche Wirkung die kommunistischen Redner erzielten, wenn sie sich in der vorgeschriebenen hitzigen Entrüstung ergingen.

Entsprechend der Moskauer Anweisung waren die Kommunisten außerordentlich produktiv in der Stellung von Anträgen. Aber alle diese Anträge fielen unter den Tisch, weil die Kommunisten nicht einmal die Anzahl von Stimmen aufbrachten, um ihren Anträgen die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung zu sichern.

Ganz anders wie die Kommunisten es sich gedacht haben, vertiefte der Verbandstag der Textilarbeiter. Die Anträge wurden zu Angelegenheiten, an welchen ein wahres Strafgericht vollzogen wurde. Nicht nur, daß die kommunistischen Vertreter (56 von 333) völlig einflusslos auf dem Verbandstag waren, sie konnten auch geistig gegen die Amsterdamer Richtung nicht aufkommen. Dem Verbandsvorstand wurden außer gewöhnliche Vollmachten durch das neue Statut, sowie durch die Annahme von Entschlüssen, die sich gegen die kommunistische Propaganda und gegen die Bildung kommunisti-

scher Zellen richten, eingeräumt. Wer sich nicht den Verbandstagsbeschlüssen und dem Statut unterwerfen will, für den wird in Zukunft kein Raum mehr im Textilarbeiterverband sein. Die Beschlüsse der Generalsammlung richten sich nicht gegen die Idee der Kommunisten, sondern dagegen, daß innerhalb der Organisation eine Organisation aufgerichtet wird zu dem bestimmten Zweck, der Organisation entgegenzuarbeiten.

Weil nun alles anders gekommen ist, wie es kommen sollte, ergeht sich auch die kommunistische Presse in einem Verlegenheitsgestammel, welches die ganze Hilflosigkeit der Kommunisten zeigt. H. Berner leitet in der „Roten Fahne“ über „Das Fazit des Textilarbeiterverbandes“. Die Schuld an dem Verlegen der kommunistischen Fraktion habe darin gelegen, daß auf dem Verbandstag nur 56 Delegierte von weit über 100 der gewählten oppositionellen Delegierten zugelassen worden wären. Dies ist natürlich Schwundel. Der Verbandsvorstand hat 14 kommunistische Delegierte wegen ihres verbandsschädigenden Treibens ausgeschlossen.

## Jung-Wähler und -Wählerinnen!

Mittwoch, den 30. April, abends 7/8 Uhr.  
in der Schulaula Lüsscher Straße 47/48:

## Öffentliche Jungwählerversammlung

Thema: „Jugend und Reichstagswahl.“  
Referent: Frau Clara Böhm-Schuch.

Erscheint in Massen!

Verenigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Bezirksverband Berlin. SW 68, Lindenstraße 3.

Da 56 und 14 erst 70 ergibt, so kann schlechterdings nicht gut von weit über 100 oppositionellen Delegierten die Rede sein, die gewählt worden wären.

Die Textilarbeiterschaft ist nicht mehr gewillt, sich dem kommunistischen Terror zu unterwerfen. Mit Ausnahme der kommunistischen Delegierten hat der Verbandstag in völliger Einmütigkeit die kommunistische Methode abgelehnt. Die Einmütigkeit und Geschlossenheit des Verbandstages gibt der Hoffnung Raum, daß im Textilarbeiterverband recht bald wieder nach den bewährten Regeln und Grundfögen alter gewerkschaftlicher Erfahrungen gearbeitet werden kann, zum Ruhm der Textilarbeiterschaft.

### Kommunistische Truppenchau.

In einem Rundschreiben der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD, Abteilung Gewerkschaften, vom Ende März, mit der Parole „die gewerkschaftlich nicht mehr organisierten Arbeitermassen organisatorisch zu erfassen“, war zum Schluß gesagt:

„Für die Industriegruppen Bau, Graphische Industrie, Verkehr und Bekleidung und Textil werden die Unorganisierten nicht besonders zusammengefaßt, sondern sie werden den für diese Industriegruppen bereits bestehenden oppositionellen Organisationen angegliedert. In Frage kommen hierfür Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Verband der Buchbinder und der papierverarbeitenden Industrie, Freier Eisenbahnerverband und Deutscher Bekleidungsarbeiterverband — Opposition Berlin.“

Ebenso werden die Unorganisierten in nachstehenden Berufsgruppen nicht besonders zusammengefaßt, sondern den dort bestehenden freien Gewerkschaften angegliedert, weil diese Zahlstellen unter der festen Führung der Opposition stehen. Hier kommen in Frage: Fleischer, Dachdecker, Glasarbeiter, Film- und Kinoangehörige, Land- und Forstarbeiter, Lederarbeiter, Schuhmacher, Tabakarbeiter, Zimmerer, Porzellanarbeiter, und Schiffs- und Bootsbauer.“

Den Massenaufmarsch der KPD, der mit drei gewerkschaftlichen und drei politischen Parolen abschließt, worunter als letzte die: „für die Rätediktatur“, ist von vier Berliner Ortsvereinigungen der DGBA-Gewerkschaften, und zwar denen des Dachdecker-, Glasarbeiter-, Tabakarbeiter- und Zimmererverbandes unterzeichnet. In dieser Aufstellung fehlen die vordem genannten Zahlstellen der Fleischer, Film- und Kinoangehörigen, Lederarbeiter, Schuhmacher und Porzellanarbeiter. Der Verband der Schiffs- und Bootsbauerarbeiter, eine lokale Sonderorganisation, hat ebenfalls unterzeichnet. Kein kommunistische Sonderorganisationen, sogenannte „Oppositionsgruppen“, sind sechs unter dem Aufruf zu finden, und zwar außer den in dem Rundschreiben erwähnten der kommunistischen Bauarbeiter, Buchbinder, Bekleidungsarbeiter und Eisenbahner, die Kupfer-, Schmiede und die Land- und Waldarbeiter. Die kommunistische Union der Hand- und Kopfarbeiter scheint in Berlin derart stark zu sein, daß die KPD sie nicht einmal mehr in Rechnung stellt. Dafür paradiert man mit einem Propagandenschuh der Betriebsräte, einem Ausschuß der Kontrollausschüsse, zwei Ausschüssen der Erwerbslosen, amtiert den Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“, den Turn- und Sportverein „Ficht“ — alles im Interesse der Einheitsfront — der KPD.

### Lohnkämpfe in Sachsen.

Dresden, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zur Beilegung des westsächsischen Textilarbeiterstreiks sind erfolglos abgebrochen worden. Die Arbeitgeber haben ihren Arbeitern daraufhin die Kündigung zugestellt. Mit Ablauf der Kündigungsfrist am 2. Mai werden somit 20 000 Arbeiter auf die Straße geworfen.

Der Landarbeiterverband hat einen vor einigen Tagen in Dresden gefällten Schiedspruch, der den Arbeitern einen Lohn von ganzen 17 1/2 Pf. zugesand, abgelehnt und versucht jetzt durch einen lokalen Schlichter noch einmal Verhandlungen herbeizuführen. Verlaufen auch diese neuen Verhandlungen resultatlos, dann muß mit einem Streik der Landarbeiter für das gesamte Gebiet des freistaates Sachsen gerechnet werden.

Die Organisationen der Bergarbeiter haben bereits vor einiger

Zeit die Forderung nach 30prozentiger Lohnerhöhung gestellt. Die Unternehmer wollen es aber scheinbar auf einen Kampf ankommen lassen. Sie haben sich nicht nur gegen jede Lohnerhöhung ausgesprochen, sondern verlangen sogar, daß bei gleicher Bezahlung für alle Überstundengarbeiter generell die 3 w d l f s t u n d e n s c h i c h t eingeführt wird. Es verlaute, daß die gegenwärtig in Leipzig tagende Opposition der Bergarbeiter ohne Befragung und Zustimmung der gewerkschaftlich eingestellten Richtung der Bergarbeiter in den nächsten Tagen zu einem allgemeinen Kampf aufrufen wird.

### Kommunistische Quertreibereien.

Bochum, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Bergarbeiterverband erläßt eine Rundgebung gegen die kommunistische Bergarbeiter-Streikaktion. In dieser Rundgebung heißt es u. a.: „Die kommunistische Partei braucht zur Beilegung der Wahlaktion einen „Generallstreik“; dazu sollen die Bergarbeiter herhalten. Die kommunistischen Organe verbreiten bereits die wildesten Berichte über diesen „Generallstreik“ unter der Wirkung der kommunistischen Lügenmeldungen über den Stand der Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen im Bergbau sind leider einige Belegschaften auf die kommunistische Parole hereingefallen. Das „Ruhr-Echo“ meldete, daß am Sonnabend bereits 20 Zechen des Ruhrreviers sich im Streik befinden. Am Montag, sagt dasselbe Blatt, müßten die Belegschaften von 200 Zechen streiken. Tatsache ist aber, daß am Sonnabend drei Schachtanlagen in Oberhausen und eine im Gelsenkirchener Bezirk im Teilstreik standen. Diese Belegschaften haben am Montag morgen die Arbeit vollzählig aufgenommen. Erneut in Streik eingetreten sind am Montag folgende Belegschaften: auf Prosper I von der Gesamtbelegschaft von 2800 Mann 200, auf Vereinigte Welheim von 1800 Mann 1400, auf Zeche Scholven von 2600 Mann 1200. Wie die Streikparole der kommunistischen Partei befolgt wird, wissen am besten die am Sonnabend und Sonntag stattgefundenen Belegschaftsversammlungen, die mit großer Mehrheit den Streik abgelehnt haben. So stimmten beispielsweise auf der Zeche „Friedlicher Nachbar“ von 1700 Belegschaftsmitglieder nur 20 für den Streik. Ähnliche Ergebnisse von Streikabstimmungen liegen zu Duzenden vor.“

Ein von der kommunistischen Partei für Sonntag einberufener mitteldeutscher Bergarbeiterkongreß beschloß, den Beginn des „Generallstreiks“ für den 1. Mai zu proklamieren. Es wurde eine Zentrale Kampfleitung für Mitteldeutschland, bestehend aus sechs Kommunisten, gebildet.

Der Schiedspruch für den Ruhrbergbau, der eine 15prozentige Erhöhung der Bergarbeiterlöhne vorsieht, ist von den Bergarbeitern angenommen worden, dagegen haben die Bergbauunternehmer den Schiedspruch abgelehnt mit der Begründung, daß der Schiedspruch den gegenwärtigen Verhältnissen im Bergbau nicht Rechnung trage. Es ist daraufhin das Zwangsschiedsverfahren eingeleitet worden.

Lohnsatz für die Berliner Landschaftsgärtner. Die Stundenlöhne betragen ab 23. April: für Gärtner unter 20 Jahren im ersten Jahre der Brandentätigkeit 58 Pf., nach einjähriger Brandentätigkeit 65 Pf., für Gärtner über 20 Jahre im ersten Jahre der Brandentätigkeit 67 Pf., nach einjähriger Brandentätigkeit 76 Pf., für Übergärtner und Anlagelieferer 80 Pf., für Arbeiter unter 20 Jahren 56 Pf., über 20 Jahre 65 Pf., für Arbeiter unter 20 Jahren nach dreijähriger Brandentätigkeit 67 Pf., für Frauen 42 Pf. Die Landzulage beträgt pro Tag 3 1/2 Stundenlöhne. Der Lohnsatz gilt ab 23. April bis auf weiteres und kann mit wöchentlichem Frist erstmalig am 11. Juni dieses Jahres geändert werden.

A.E.G. Hennigsdorf Porzellanfabrik. Der Streik der Belegschaft der Dreherer geht weiter, da bis jetzt noch keine Einigung erzielt worden ist. Zugang nach dort ist fernzubalten.

### Die Streikleitung.

Die Einigungsverhandlungen in der Mannheimer Metallindustrie sind ergebnislos verlaufen. Die Aussperrung hält weiter an.

Schiedspruch im Siegener Baugewerbe. In einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß wurde der Lohn im Baugewerbe auf 59 Pf. für Handwerker, 49 Pf. für Bauhilfsarbeiter, 46 Pf. für Tiefbauarbeiter festgelegt. Mitin sind im Siegener Bezirk die Friedenssätze im Baugewerbe erreicht. Beide Teile nahmen diese Regelung an, womit der drohende Bauarbeiterstreik im Siegerlande vermieden ist.

### Verband der Fabrikarbeiter.

Meister Bonnerstr. 10 Uhr im Deutschen Hof, Sprengelstr. 24. Referat Stadtverordneten Dr. H. H. Müller über die Ausweitung, ohne daselbst kein Zutritt. Die Ortsvereinigungen.

Aktion, Streikende vom Stehwerk Hennigsdorf! Heute, Dienstag, nachmittag 4 Uhr, Bezirksversammlung im Saal von Prof. Bennigsdorf. Die Streikleitung.

Ho-Quellensammlung der Rodgruppe Metall. Mittwoch abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 20a. Besprechung: 1. Stimmnahme zu den Verhandlungen im DGBA. 2. Schiedspruch über Metallarbeiter. 3. Politische Erscheinungen und Bedeutung. Ho-Quellensammlung. Münster, Sonag, Rottke.

Verantwortlich für Politik: Genf. Reuter; Wirtschaft: Arthur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Klein; Familien: Dr. John Schütz; Politik und Sonstiges: Fritz Rath; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin. Verlag: Friedrichs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, hierzu 2 Beilagen.

## Koch & Seeland

Bestellung ohne Kaufzwang

Herrenstoffe „reine Wolle“ 8.-  
für Anzüge, Ulster, Paletots . . . Mr.

Damen-Gabardine „130 breit“ 6.-  
viele Farben, reine Wolle . . . Mr.

Straußendammstr. 20/21 Sign. 1093

Telephon: Norden 9296  
Sophien-Säle Sophienstr. 18  
Säle frei!

MASSARY ROAL  
EINE ZIGARETTE VON RANG

# Revanche.

Von Dr. Hermann Schüssinger, Hauptmann a. D.

Es ist ein Zeichen der politischen Ahnungslosigkeit des deutschen Bürgertums, daß das völkische und deutschnationale Hauptargument von der Möglichkeit eines Revanchekrieges in nicht unbeträchtlichen Schichten des deutschen Volkes ernst genommen wird. Zweifellos ist es ein großes Verdienst des einstigen Kommandierenden Generals des XV. Armeekorps, des Generals der Infanterie v. Deimling, daß er in den führenden Blättern des liberalen Bürgertums die Legende vom Wehrmittel der Revanche hat zertreten helfen. Der deutsche Spießbürger glaubt eben Binsenwahrheiten der Strategie und der Politik, ja des gesunden Menschenverstandes nur akzeptieren zu können, wenn sie ihm von einem verlässlichen Friedensgeneral bescheinigt werden. Deimling hat somit die gefährlichste Dunstatmosfera des Revanchekrieges über der deutschen Wählerschaft geschüttet; darüber hinaus aber muß sich die deutsche Arbeiterklasse bewußt werden, welche materielle und moralische Abwehrkraft gegen das Wiederaufleben eines europäischen Krieges in ihr schlummert und welche Wege sie einschlagen muß, um diese Abwehrkraft dienstbar zu machen für das positive Zukunftsziel der Abrüstung und der Ueberleitung des Machtgedankens aus dem Rahmen des Nationalstaates auf das überstaatliche Organ eines regenerierten Völkerbundes.

Es ist richtig: Der Gedanke eines Revanchekrieges des entwaffneten Deutschland gegen das in Waffen starrende Frankreich und seine Verbündeten im Osten ist nichts von heiliger Wahnsinn. Wenige Stunden und Tage nach dem Bekanntwerden einer gewaltigen Aufsehnung Deutschlands gegen das Friedensdiktat der Entente werden 32 aktive französische Divisionen in der Stärke von 660 000 Mann am Rhein stehen, ausgerüstet mit einem Artilleriepark, mit einem Langgeschwader, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, unterstützt von 1500 kriegsbereiten Flugzeugen. Und in einer Woche der Mobilmachung werden die Divisionen der französischen armée de réserve und der armée territoriale das französische Truppenkontingent auf 1 1/2 Millionen, den Flugzeugpark auf 4000 Maschinen verstärken.

Im Osten aber werden die französischen Vasallenstaaten, die Tschechei, Polen, Rumänien und vermutlich auch Süditalien eine ebenso große Armee, von französischen Stäben geführt, mit dem Material der französischen Kriegstechnik ausgestattet, aufstellen und einen schändlichen Gürtel um unsere Ostfront legen. Es wird ihnen ein Belichtes sein, die russische rote Armee, die ihre führungstechnische und waffentechnische Minderwertigkeit in dem kurzen Feldzug gegen Polen schlagend bewiesen hat, abzuschütteln — falls Sowjetrußland Neigung zur Beilegung an diesem Abenteuer zeigen sollte — und ihre Operationen mit der französischen Rhein-Armee in Einklang zu bringen.

Dieser neue Krieg aber wird noch ganz anders wie der verlorene Weltkrieg im Zeichen der Technik und der Materialschlacht stehen. Das neue „Gewissgas“, dessen Wirkung der amerikanische Sachverständige Colonel Kuter in seinem Buch „the reformation of war“ so schön beschreibt, würde unsere schutzlose wehrhafte Jugend reihenweise zerfressen, die französischen Luftklärungsabteilungen und Jagdstaffeln würden im Nu den Luftraum über unseren paar Reichswehrbatterien beherrschen und den Stahlregen eines übermächtigen Geschützmaterials über unsere Kanoniere schleudern. Die Bombenstöße würden unsere Verkehrspunkte und Fabriken im Nu zu Trümmerhaufen zusammenschmeißen und die Langkanonen französischer Linienfahrzeuge würden unsere Werften und Stapelplätze an unserer schutzlosen Küste in wenigen Tagen in Ruinen verwandeln. Die „Brückenköpfe“ am Rhein aber nähmen durch die Maulwurfsarbeit der „Armierung“ und die ersten Kanonaden dieses wahnsinnigen Waffenganges das Gesicht der „Hölle von Verdun“ an.

Und angeblickt dieser nackten Tatsachen, die von jedem bei klarem Verstand gebliebenen General der Deutschen Volkspartei, wie dem General v. Zwehl, bekräftigt werden, haben Männer wie Ludendorff und Hitler die eiserne Stirn, der fanatisierten „völkischen“ Jugend, dem Kanonenfutter ihrer wahnwichtigen Revanche, vorzulügen, man müsse „mit Schirmen und Stäben über den Rhein marschieren“ und sich „die Waffen von den Franzosen holen“!

Den kritiklosen Nachläufern Ludendorffs Phantastereien aber sei gesagt, daß die deutsche Arbeiterklasse trotz des deprimierenden Zustandes unserer Wehrlosigkeit gegenüber den Bonaparten des poincaristischen Frankreich — die uns der gesunde Menschenverstand zu erkennen und zu würdigen gebietet — nicht daran denkt, diese unwürdige Einseitigkeit der Wehrverfassung Europas verewigen zu helfen. Die Erhaltung und Festigung des europäischen Friedens erheischt aber ganz andere Wege einer Korrektur der erzwungenen, einseitigen Abrüstung Deutschlands innerhalb eines Ringes von bis an die Zähne bewaffneten Staaten, wie sie sich in den Köpfen Ludendorffs Gefolgschaft verdrückt hat. Diese naturnotwendige Korrektur zu erkämpfen mit den Waffen des Geistes, in treuer Kameradschaft mit einem MacDonald in England, mit einem Jouhaux in Frankreich, mit einem Ritti in Italien und mit der immer klarer sich zu uns neigenden „Reinung der Welt“ ist eine der wichtigsten Kulturaufgaben der Arbeiterklasse.

Die Technik der Erhaltung des europäischen Friedens unter Schaffung eines gesunden Rüstungsausgleichs unter den europäischen Völkern interessiert nicht allein uns Deutsche, sondern neben dem internationalen Proletariat die wahrhaft demokratischen Elemente aller Kulturstaaten. Bekanntlich erregte selbst in Frankreich bei der Beratung der Heeresvorlage in der Kammer die Theorie des französischen Generalstabes, im Fall der „drohenden Kriegsgefahr“ mit Deutschland eine eigens hierfür bestimmte „armée de découverte“ an und über den Rhein nach Deutschland zu werfen, den lebhaftesten Widerspruch selbst der bürgerlichen Mittelparteien. Jean de Pierrefeu, der Verfasser des Buches „Plutarque a menti“, eine Persönlichkeit, die weder von Pazifismus noch von Sozialismus „angekränfelt“ erscheint, warnt mit grimmigen Worten den französischen Generalstab davor, den Kriegszustand am Rhein zu verewigen,

das Rheinland lediglich als Exerzierplatz und militärische Etappe zu betrachten und die Fehler des wilhelminischen Deutschland, Grenzfragen lediglich mit militärischen Gedankengängen des Ausmarsches, der strategischen Barriere und ehrgeiziger militärischer Aspirationen zu betrachten.

Zweifellos wird die vernünftige Entwirrung des durch den Weltkrieg geschaffenen unseligen Knotens der „militärischen Sicherheiten“ am Rhein noch Jahre und vielleicht Jahrzehnte des geistigen Kampfes um den Frieden Europas gebrauchen. In diesem Ringen um die Entfesselung Deutschlands vom Druck seines westlichen Nachbarn und um die Befriedung der Welt wird der Arbeiterklasse die wichtigste Aufgabe zufallen.

Neben der passiven Abwehrkraft, über deren Gebrauch die Führer der Arbeiterparteien unter Abwägung des Spannungsverhältnisses zwischen den Völkern, der Schuldfrage der einzelnen Nationen und der berechtigten Notwehr zynisch vergewaltigter Staaten zu entscheiden haben werden, müssen wir der Arbeiterklasse aber auch ein positives Zukunftsziel des internationalen Wehrproblems erhalten und ertämpfen.

Genosse Jouhaux hat anlässlich der internationalen Arbeitskonferenz in Genf am 28. Oktober 1922 gesagt: „Der Widerstand gegen den Krieg hat sich bisher weit mehr auf dem Gebiet des Gefühls betätigt als in einer wirklichen Friedensorganisation Ausdruck gefunden. Proteste, denen keine Aktionen folgen, werden keine Weltkonflikte verhindern. Die Zeit der Pazifistentongresse und schöner Entschleifungen ist vorbei. Es gilt zu wissen, was wir wollen. Alle, die aber wahrhaft den Frieden wollen, kennen nur ein Ziel: Die über den Nationen stehende Souveränität der Völkergemeinde. Eine derartige übernationale Autorität aber fehlt eine internationale Wehrmacht voraus.“

So sehen wir über der „neuen Armee“ des Genossen Jourès, die gedacht war als Instrument der inner- und außerstaatlichen Selbständigkeit freier Demokratien, über dem Willkürgedanken der Genossen Bebel und Singer die „neue Armee“, zusammengesetzt aus den nationalen Kontingenten eines reorganisierten „Völkerbundes“ als Kampfmittel der Arbeiterklasse entstehen. Keine westferne Utopie, keine charvinistische Phantastie wollen wir in die Rechnung der deutschen Arbeiterklasse stellen, sondern den festen Aufstieg auf den harten Stufen der Macht im Dienst des nationalen und des internationalen Rechtes.

## Wie wird gewählt?

Eine amtliche Anweisung.

Amlich wird aus dem Reichsministerium des Innern mitgeteilt: Bei der Reichstagswahl wird zum ersten Male ein amtlicher Einheitsstimmzettel verwendet. Die Stimmzettel werden von den Wahlbehörden amtlich hergestellt, und alle Abstimmungsordnungen erhalten auf amtlichem Wege die erforderliche Anzahl Stimmzettel. Der Stimmzettel enthält alle in den Wahlkreisen zugelassenen Wahlvorschlüge, und zwar mit ihrer laufenden Nummer, ihrer Parteibezeichnung und den Namen ihrer ersten vier Bewerber. Jeder Wähler erhält nach Betreten des Abstimmungsraumes einen Wahlumschlag und einen Stimmzettel, begibt sich damit in die Wahlzelle und kennzeichnet auf dem Stimmzettel den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will. Zu diesem Zwecke liegen in der Wahlzelle Bleistifte bereit. Vorsorglich wird der Wähler gut tun, noch selbst einen Bleistift mitzubringen. Die Kennzeichnung erfolgt durch ein Kreuz oder auf sonstige Weise.

Das vom Reichsministerium des Innern empfohlene Muster für einen Einheitsstimmzettel enthält innerhalb des für jeden Wahlvorschlag vorgesehenen Raumes einen durch einen Kreis gekennzeichneten freien Platz zum Eintrag des Kreuzes oder sonstigen Vermerks. Der Wähler bezeichnelt am zweckmäßigsten durch ein in den Kreis gesetztes Kreuz die Bewerber, denen er seine Stimme geben will. Aber auch jede andere Kennzeichnung des Wahlvorschlages wie etwa Unterstreichen oder Anstreichen der Nummer oder des Parteinamens des Wahlvorschlages oder der Namen der Bewerber ist gültig, sofern aus der Kennzeichnung festzustellen ist, welchem Wahlvorschlag der Wähler seine Stimme hat geben wollen.

Blinde, Schwerkegelschädigte oder sonstige Stimmberichtigte, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig auszufüllen oder in den Umschlag zu legen, dürfen sich im Abstimmungsraum der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen. Die Vertrauensperson vertritt aber nicht den Stimmberichtigten, sondern ist ihm nur beihilflich. Es ist daher erforderlich, daß der Stimmberichtigte persönlich im Abstimmungsraum erscheint, mit der Vertrauensperson vor den Abstimmungsstuhl tritt und die Vertrauensperson mit in die Wahlzelle nimmt.

## Diktatur und Krieg.

Eine alldeutsche Rundgebung zur Wahl.

Der Gesamtverband des Alldeutschen Verbandes veröffentlicht eine Entschlebung gegen die Erfüllungspolitik. Die Entschlebung fordert die Einstellung aller Bestellungen an die Entente. Ueber die Folgen sagt sie nur: das Volk solle lieber alle Folgen auf sich nehmen, als Erfüllungspolitik betreiben. Das ist die offene Aufforderung zum neuen Kriege, zum Selbstmord der Nation!

Die Ergänzung dieser wahnwichtigen außenpolitischen Parole ist die Forderung der Diktatur im Innern. Es heißt in dieser Entschlebung:

„Wie häufig immer die Reichstagswahlen ausgehen mögen: eine parlamentarische Regierung wird das Vaterland nie retten können. Deshalb wiederholen wir im Angesicht der unerhörten Lage des Vaterlandes unsere alte Forderung, die Form zu schaffen, in der jetzt allein regiert werden kann, indem die Diktatur für die Zeit der größten Gefahr und Not bis zur Durchführung des ihr obliegenden Aufbaues des völkischen Staates, der nach unserer deutschen Auffassung auch wahrhaft sozial ist, ausgerufen wird. Je völkischer und nationaler der neue Reichstag ausfällt, um so größer wird die Möglichkeit, sich dazu zu gelangen, indem die Volkvertretung selbst ihre Befugnisse an die Diktatur abgibt.“



Er brüht Unternehmerpläne geflüßt auf die Mehrarbeitsehe, — ein Wunderkind der Reaktion: heut ist er die Revanche-Motiv und morgen Inflationshypothese und meistens ein Chamäleon ...

Sollte der derzeitige Reichspräsident einer solchen Bestätigung sich widersetzen, so weist die Verfassung den Weg, den die bewußt vaterländischen Gruppen zu gehen haben, um solchen Widerstand zu beseitigen.

Die Hinweise auf die Verfassung wird jeder Diktator verstehen, wie sie gemeint sind: als Aufforderung, die Verfassung zu brechen. Gewalt ist die Parole der Alldeutschen. Mit Gewalt soll das Volk ihrer Diktatur unterworfen, mit Gewalt zum Selbstmord gezwungen werden! Der 4. Mai muß diesem Wahnsinn einen gewaltigen Schlag verfehen.

## Revanchegeheiß und Kriegsbeschädigte.

Ein netter völksparteilicher Vertreter der Kriegsoffer.

Der Zentralverband der Kriegsbeschädigten Deutschlands hat sich als seinen ersten Vorsitzenden den völksparteilichen Abgeordneten Otto Thiel gewählt. Wie dieser Vertreter der Kriegsbeschädigten im Wahlkampf als Kandidat der Volkspartei austritt, mag folgendes Beispiel zeigen. Herr Thiel sprach gelegentlich eines Wahltreffens in Hildesheim sehr viel von seiner Arbeit als Abgeordneter für die Kriegsbeschädigten. Als er aber in der Diskussion von seinen Gegnern aus den Reihen der Kriegsbeschädigten und seiner politischen Anschauungen angegriffen wird, erklärt er zu seiner Verteidigung im Schlußwort:

„Es ist schade, daß die Pazifisten und deren Freunde die goldenen Waffenlager in Deutschland verraten haben, es wäre sonst eine Kleinigkeit, die Franzosen aus Deutschland herauszujagen.“

Das sagt ein Mann wie Thiel, der liberal, wo er im Wahlkampf spricht, so sehr für die Kriegsoffer das Wort reden will. Mit Recht darf die Frage aufgeworfen werden, ob es eines Führers deutscher Kriegsbeschädigter, Kriegserbenleidenden und -waisen würdig ist, in dieser Form für einen neuen Krieg einzutreten. Die Kriegsoffer Deutschlands aber mögen aus den Worten dieses Mannes die Lehre ziehen, daß sie am 4. Mai ihre Stimme nur der Partei geben, die gegen einen neuen Krieg energisch Front macht, das ist die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

## Eine kommunistische Karnevalswoche.

Die Kommunisten haben für die letzte Woche vor der Wahl am Wahltag selbst große Dinge vor, die nach der Wahl noch gesteigert werden sollen. Vom 27. April bis zum 4. Mai steigt die sogenannte „rote Arbeitswoche“. Die „gemeinsame Parteimitgliedschaft“ ist für alle gegnerischen Versammlungen mobilisiert. Von den anderen Parteien geplante Agitationen sind „auszutauschen“ und dementsprechend Gegenmaßnahmen zu treffen. Am 28., 29. und 30. April haben die Betriebszellen für Betriebsversammlungen zu sorgen. „Sämtliche erwerbsfähige Genossen sind zu mobilisieren und von außen her die Betriebszellen zu unterstützen“. Am 1. Mai „wird vormittags unter allen Umständen eine zentrale Demonstration stattfinden“. Nachmittags „wird die Straßenpropaganda verstärkt eingesetzt. Sämtliche Transparente, Schilder, Plakate, Figuren, Karikaturen sind durch die Stadt zu tragen“. Daneben soll Literatur verkauft, für die sogenannte rote Hilfe gebettelt werden usw. „In allen wichtigen Verkehrsstellen müssen Straßenrednerkontrollen postiert werden, die überall die Passanten darüber aufklären (sic!), aus welchem Grunde sie Kommunisten wählen müssen.“

Zur Verstärkung dieser gesamten Propaganda wird ein Flieger 10 Stunden lang Flugblätter über Berlin und die Brandenburg Orte abwerfen. Jeder kommunistische Flugblattverbreiter hat sein Opfer aufzubringen. „müß versuchen, mit Hilfe der Hoftalonen mit den Hausbewohnern ins Gespräch zu kommen“. Auch die Frauen sollen Kolonnen bilden und vier oder fünf „Mann“ hart auf Hüften, Märkten, in Geschäftshäusern usw. die „Stimmung“ des Volkes wiedergeben. Besonders gefordert wird eine solche Kolonne, die in ein Warenhaus ging, sich dort die Internationale vorspielen ließ, sie mitlang und dann ein Hoch auf die kommunistische Partei ausbrachte. In den „Aufträgen an alle Genossen“ wird denn auch befohlen, am 3. Mai nach Betriebschluß Demonstrationenbesuch der Warenhäuser.“

Im Rundschreiben Nr. 8 (17. April) wird zu einer Kampagne für Max Högl aufgefordert. Überall sind Resolutionen durchzusetzen und Delegationen zu wählen, die den Arbeitervertreter Ebert zu besuchen haben. In den Vorschriften über Organisation der Betriebsversammlungen heißt es unter 4: „Ein Genosse wird bestimmt, der der Betriebsversammlung eine Delegation zu Ebert wegen Max Högl vorschlägt.“ Im Zusammenhang mit der Kampagne gegen das Sachverständigen-Gutachten soll die „Kampagne für den Arbeiterkongress“ beginnen. Als 7. der in Anlehnung an berühmte Vorgänger 21 Punkte umfassenden Instruktion für den Zellenobmann heißt es: „Zur Betriebsversammlung, mindestens aber zum 4. Mai, muß eine Betriebszeitung herausgegeben werden. Sämtliche Genossen werden verpflichtet, kleine Notizen und Artikel zu schreiben, die von Verhältnissen im Betrieb ausgehen.“ Unter 14 heißt es: „Mehrere Genossen werden bestimmt, die für die Vernichtung des gegnerischen Propagandamaterials verantwortlich sind.“ Unter „Aufträge an bestimmte Genossen“ heißt es: „Zusammenstellung einer Abreißkolonne für gegnerische Plakate. Herstellung von Klebestreifen für gegnerische Plakate.“ Unter 10: „Genossen bestimmen als Straßenredner, 1. und 4. Mai (ganzer Tag), 2. und 3. Mai nach Betriebschluß.“ Gefangenen, Muffkotonnen usw. müssen gebildet werden. „An alle Genossen“ geht der Ruf, „sämtliche gegnerische Bahipropaganda soweit als möglich zu stören.“

Und sowas fordert eine Kampagne gegen den immer schärfer einsetzenden Wahlterror gegen die Kommunisten.

Das vorliegende Material ist zu umfangreich, um es an dieser Stelle zu erschöpfen. Es macht den Eindruck rührigster Parteilarbeit, aber kein Leser kann sich des Eindrucks erwehren, daß die kommunistische Partei mehr durch Drill als durch geistige Uebereinstimmung der Mitglieder zusammengehalten wird. Drohungen gegen die Mitglieder, die sich an der „Bahiarbeit“ nicht beteiligen, sprechen Bände, wie auch die ganzen Rundschreiben sowohl in der Ausdrucksform wie in den einzelnen Anordnungen mehr militärischen als sozialistischen Geistes verraten. Eine solche Partei kann sehr viel verderben, aber niemals etwas gut machen.

### Niedriger hängen!

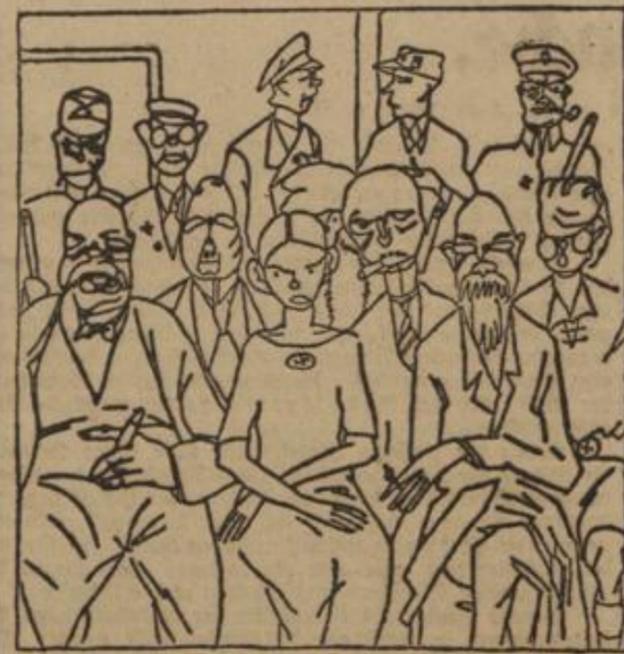
Politischer Worb als Reklamemittel.

Aus Eisenach wird uns geschrieben: In den hiesigen Eltschhäusern prangte ein Aufschlag, in dem sich folgender Text befindet:

„Der am 21. Juni 1923 verhaftete gewesene Schriftsteller Robert Schmidt aus Berlin wegen angeblichen Mordanschlags auf den Minister Seevering wird am 15. April 1924 in Eisenach einen Vortrag halten.“

Die Worte sind verhältnismäßig klein gedruckt bis auf „Mordanschlag — Minister Seevering“, die ganz groß gedruckt sind. Die besondere Hervorhebung der Worte „Mordanschlag auf Minister Seevering“ bedeutet nichts anderes, als daß ein deutscher Staatsangehöriger sich geradezu groß damit tut, wegen Mordanschlags auf den Minister Seevering verhaftet gewesen zu sein. So verjagen also die Reaktionen

in Thüringen, für ihre Ziele Propaganda zu machen und Anhänger in ihre Versammlungen zu locken. Deutlicher kann die gemeine Kampfesart und niedrige politische Gesinnung der Reichsradikalen nicht erwiesen werden, als durch einen solchen öffentlichen Aufschlag, der, in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet,



Die ururische Edelrasse! So sehen die „Retter Deutschlands“ aus!

geradezu eine Verherrlichung eines berüchtigten Mordanschlags darstellt. Es erübrigt sich jedes weitere Wort der Kritik. Jeder anständige Mensch, jeder Arbeiter erkenne daraus, worum es am 4. Mai geht.

### Dogromheke der „Kreuzzeitung“.

Aufforderung zum Judenhaß.

Die „Kreuzzeitung“ macht den Völkischen Vorkurs im Antisemitismus. Sie verzeihet mit Begehren den Judenhaß der Völkischen. Sie schreibt über eine Wulle-Versammlung:

„Im übrigen stand die Wulle-Versammlung durchaus im Zeichen des Hakenkreuzes. Die jüdische Bevölkerung und Presse sind im Irrtum, wenn sie das Hakenkreuz nur als Symbol der Judengegnerschaft ansprechen, es ist

das Symbol des Judenhaßes. Mehr noch als in den Reden der Führer kommt in den Versammlungen bei Gesprächen mit einzelnen und bei den bekannten Zwergversammlungen, wenn zwanzig, dreißig auf einen hören, dieser Haß zum Ausdruck.“

Dieser Haß sucht sie zu unterstützen durch einen verlogenen Artikel „Verleumdungen jüdischer Sozialdemokraten“. Der Zweck ist, eine Pogromstimmung in Deutschland hervorzurufen. Mit dieser Niedrigkeit der Gesinnung bleibt die „Kreuzzeitung“ ihrer alten Tradition treu. Die demokratische Presse der Jahre 1848/49 mußte, warum sie die „Kreuzzeitung“ nur als „Sozialzeitung“ bezeichnet!

### Scheidemann in Frankfurt.

Frankfurt, 28. April. (Wtl.) In einer Wählerversammlung der Vereinigten Sozialdemokraten sprach gestern der Spitzenkandidat für Hessen-Rhassau, Oberbürgermeister Scheidemann. Er unterzog die Politik und die Methoden der Rechtsparteien und der Kommunisten einer scharfen Kritik und beklagte es, daß keine der bisherigen Regierungen die Bevölkerung in nöthigen Maße über die von der Reaktion drohenden Gefahren aufgeklärt habe. Er wies auf die enge Verbindung der Deutschen Volkspartei mit den Deutschnationalen hin und betonte die demagogische Konzeption der Deutschen Volkspartei an dem Antisemitismus, die sich durch die Richtauffassung des Juden Rieber charakterisiere.

### Deutschnationales Manöver.

Ein Verwirrungsversuch.

Die Deutschnationale Volkspartei in Chemnitz hat Zehntausende von roten Zetteln mit folgendem Inhalt herstellen lassen:

Proletariat! Genossen! Erwerbslose! Kriegsbeschädigte! Kurzarbeiter! Wählt nicht, laßt des Reiches Schwachbude verfaulen. Wir haben andere Mittel des Klassenkampfes.

Damit sollen Arbeiter von der Wahl abgehalten werden, um die bürgerlichen Stimmen mehr ins Gewicht fallen zu lassen.

Die Lehre ist: alle Mann zur Wahl, jede Stimme der B.S.P.D.!

### Ludendorffs Verwilderung.

Ludendorff läßt durch Telegramm verbreiten, daß die Bewilligung des Wahlkampfes der Rechtsparteien untereinander nicht mit seinen Begriffen vereinbar sei. Was im übrigen den Wahlkampf anbelangt, so proklamiert er:

„Ich erwarte von den Kameraden und Fremden, die auf mich hören, daß sie sachlich kämpfen und nicht vergessen, daß wir den gemeinsamen Feind in dem lauen Gemohnheitsmenschen, in den internationalen Wächtern und in unseren Feinigen innerhalb und außerhalb der Grenzen des Vaterlandes haben.“

Unständig innerhalb der völkischen Familie, aber schmutzig, verwehentlich, gemein gegen links — das ist mit Ludendorffs Begriffen vereinbar. Ein echter Ludendorff!

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Tochter

**Emmy**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank.  
Berlin-Tempelhof, den 28. April 1924.

Ed. Heidelberg und Frau.

**Bekanntmachung.**

In unserem gesamten Versorgungsgebiete, mit Ausnahme von Schilau, wird für den Sommerbrauch, der von der laufenden Versicherungsfortzahlung im Monat April d. J. ab fortgehenden hat, ein Preis von 15 Goldmarken je Kubikmeter einschließlich Umfassener und Ritz für Gaskocher und Wärmegewinnungsanlagen, sowie Abgabe an die Gemeinden, berechnet.

Dieser Preis wird also bei der Rechnungslegung im Monat Mai d. J. zum ersten Male erhoben.  
Berlin, den 29. April 1924.  
Gesellschaftsgesellschaft, Wilmersdorf.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Mittwoch, den 30. April, abds. 7 Uhr, im Verbandshaus, Lindenstraße 118/120:

**Wahlversammlung**  
aller in den Spritgubehelichen Beschäftigten.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Mittwoch, den 30. April, abends 8 Uhr, im Verbandshaus (Arbeitslokalen), Lindenstraße 118/120:

**Branchenversammlung**  
der Bau-, Goldschmied- u. Hölzschleifer.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Schlichtungsbericht über die Lohnveränderung. 2. Bericht über die Verhandlungen des Manufaktur.

Die Rechnungslaus der Branche sollen im selben Saal um 8 Uhr, ohne Mitgliedsbeitrag sein.  
Die Ortsverwaltung.

Ziehung 6. u. 7. Mai

### Geld-Lotterie

der Deutschen Invalidenhilfe

5633 Gewinne zum Rentenmark

150000

50000

20000

10000

Loose zu 2 Rentenmark

Überall erhältlich! Preis u. Liste

Deutsche Lotteriegesellschaft, Berlin C 19.

Hei-Ko

Tabakwaren-Großhandlung

50, Wiener Str. 2, in Köpenick, Berlin

Yasawa-Spezial Nr. 11, 90, Manoli-Virginia Nr. 19, 90, R. 6, Nr. 21, 40.

30 billig wie diese sind alle unsere

Beispiele Zigaretten, Zigarren, Tabake.

Bei Bestellungen bitte sich auf dieses Blatt zu beziehen. Versand n. außerhalb

### Kinderwagen

in modernen Formen

wegen Aufgabe dieses Artikels

sehr preiswert

P. Raddatz & Co.

Leipzig Str. 122/23.

Der gute Kapitän-

Kaufabak

ist in der neuen Verpackung

erhältlich

C. Röcker, Berlin

Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3061

Marken-Zigaretten

billig bei

Herschdörfer

Reichenhals Str. 10

**CURT GEYER**

**DREI VERDERBER DEUTSCHLANDS**

EIN BEITRAG ZUR GESCHICHTE DEUTSCHLANDS UND DER REPARATIONSFRAGE VON 1920-1924

J. H. W. DIETZ N.F. BERLIN

In Einzelheften 4.— Mk., brosch. 2.50 Mk.

Zu beziehen durch Vorwärts-Buchhandlung, Berlin, Lindenstr. 2, Laden

**Bettwäsche! Leibwäsche! Hauswäsche!**

Sechs außergewöhnlich billige Ausnahmetage!

Linonbezüge	kräftige Ware.	5.90	Inlettbezüge	lederleicht	12.50
Damastbezüge	prima Ware.	8.80	Handtücher	weiß halblein.	0.75
Damastkissen	prima Ware.	2.75	Taghemd	Oersterknorn	1.75
				festen Stoff mit	1.75
				Stickereliansatz	

Aus meiner Arbeitsstube bringe gebliebene Wäschereste, geeignet zum Ausbessern, für Taschentücher, Untertassen usw., von 10 Pfg. an.

Posten Damenwäsche darunter herrliche Garnituren, Nachthemden, Prinzessröcke, Hemden, durch Dekoration leicht angestrichelt, zu Spottpreisen.

Riesenauswahl in Frotteerwäsche, Tischwäsche, Inlette, Wäschestoffen, Damaste, Damenschlupfer

**Wäschefabrik Max Kasper**

Weinbergsweg 11 Invalidenstr. 15  
am Rosenthaler Platz an der Gartenstraße (Stett. Bht.)

**Möbel! Müller!**

Berlin C, Alexanderstr. 21 14. April 1924

Speisezimmer, Herrenzimmer

Wohn- und Schlafzimmer, sowie

Maschinenfabrik ab Fabrik zu billigsten Preisen.

Prage

**Wo kaufe ich billig Schokoladen?**

Antwort

Nur bei

**Eisen & Diamant**

Kaiserstraße 4.

Abteilung II:

Zigaretten - Engros - Vertrieb

Andreasstr. 13 (Schles. Bahnh.)

**Leiterwagen**

u. alle ander. Transporteräte liefert billigst.

Großer Vorrat.

Georg Wagner

Köpenicker Str. 71.

Tele. Lehnw. 111.

**Gabardine**

130 Nr. 1. Wollk.

8.50 M., 9.75 M.

Kostüm-, Kleider-, Futterstoffe best. Preis.

Haarpuder

Schöneberg, Galtstr. 2

a. d. Grünwaldstr.

**Nerven-**

schmerzmittel, nervöse

Gez- und Ring-

bedarfen von

„Phosphorin“.

Bestens empfohlen

die natürlichen

Weghahn zur

beruhigung und

Stärkung. Große

erfolge seit 25 Jahren

31. 2.50 32. In

Trägerin u. Apoth-

kerin, Jomb bei Otto

Reichel, Berlin 43

50. Ellenhofstr. 4

**Quittungs-Marken**

mit 40 Jahren bewährt

Conrad Müller,

Schkeuditz-Leipzig.

**Recht**

überaus

preisbillig

Zigaretten, Zigarren,

Tabak billig

Lindenstr. 81

**Zell = Kakao =**

ist ein naturreines Erzeugnis der Kakaobohne, besitzt das kräftige Kakao-Aroma und verbindet mit leichter Löslichkeit herzhaften Geschmack und vorzügl. Belümmlichkeit. Zell-Kakao ist ein überaus vollwertiges Nahrungsmittel für jung und alt, Gesunde und Kranke. Man verlange Zell-Kakao nur in Original-Verpackung mit dem bekannten Zell-Bild!

**Hartwig & Vogel A. G.**

Generalvertretung: Besser & Müller • Berlin - S. 61 • Bärwaldstr. 69 • Fernr.: Moritzplatz 9651

# Die Körperentwicklung der Schulkinder

## Was die Messungen und Wägungen in Berlin ergaben.

Messungen und Wägungen von Schulkindern sind schon seit Jahrzehnten ausgeführt worden und immer wieder hat sich gezeigt, daß die Volksschulkinder im Durchschnitt an Länge und Gewicht hinter den gleichaltrigen Kindern aus den höheren Schulen zurückbleiben. Die Ernährungs-schwierigkeiten der Kriegszeit und der Zeit nach dem Kriege, in der wir den durch ihn verursachten Zusammenbruch der Wirtschaft sich auswirken sahen, sind auch an den Knaben und Mädchen der höheren Schulen nicht spurlos vorübergegangen. Über die in bürgerlichen Blättern oft gegebene Darstellung, daß in diesen Jahren der Not die Jugend der höheren Schulen sogar mehr als die Volksschulkinder an der Körperentwicklung geschädigt worden sei, wird durch die Messungen und Wägungen die man an Schulkindern in dem Berlin früheren Umfangs (in den Verwaltungsbezirken 1 bis 6) auf Anregung des Hauptgesundheitsamts im Jahre 1923 ausgeführt hat, nicht gestützt.

### Die Mädchen nicht immer die schwächeren.

Die Ergebnisse jener Längen- und Gewichtsermittlungen, die sich auf 16 203 Knaben und Mädchen von Gemeindefschulen und auf 24 087 Knaben und Mädchen höherer Schulen erstrecken, werden jetzt vom Berliner Statistischen Amt bekanntgegeben. (Warum die Gemeindefschulen mit so wenig Kindern, mit weniger als die höheren Schulen, an den Ermittlungen beteiligt waren, sagt die Veröffentlichung nicht.) Die nach Altersklassen berechneten Durchschnittsergebnisse waren:

in den Gemeindefschulen:				
Alter in Jahren	Größe in cm		Gewicht in kg	
	Knaben	Mädchen	Knaben	Mädchen
7	116,5	115,8	20,7	20,2
8	121,2	119,6	22,8	21,8
9	126,1	124,5	25,0	24,2
10	130,1	129,0	27,0	26,8
11	134,2	133,9	29,0	28,8
12	137,8	138,7	31,1	31,6
13	142,9	143,5	34,1	35,5
14	147,1	148,5	37,7	40,8

in den höheren Schulen:				
Alter in Jahren	Größe in cm		Gewicht in kg	
	Knaben	Mädchen	Knaben	Mädchen
10	134,1	133,5	28,9	29,8
11	137,7	138,1	31,0	31,7
12	142,1	143,8	33,6	35,5
13	147,8	148,8	37,8	39,6
14	153,5	153,1	41,9	43,9
15	159,1	156,3	47,0	48,8
16	164,6	158,3	51,1	51,6

Wie man sieht, war in den Gemeindefschulen die Länge und das Gewicht bei den Mädchen im 7. bis 11. Jahre geringer als bei den Knaben, im 12. bis 14. Jahre aber wurden die Knaben von den Mädchen überholt. In den höheren Schulen hatten die Mädchen schon im 11. Jahre, aber von da nur bis zum 13. Jahre eine größere Länge als die Knaben, im Gewicht aber waren sie den Knaben sogar schon im 10. Jahre und von da bis zum 16. Jahre voraus. Manche irrige Meinung über Länge und Gewicht der Knaben und der Mädchen, vor allem die ziemlich weitverbreitete Annahme, daß in allen Altersklassen die Knaben den Mädchen in der Körperentwicklung voraus seien, kann durch diese Ergebnisse berichtigt werden.

### Schlechtere Körperentwicklung bei Volksschulkindern.

Noch mehr Beachtung verdienen aber die Unterschiede, die zwischen den Kindern der Gemeindefschulen und denen der höheren Schulen sich zeigen. Hier können aus den oben mitgeteilten Zahlen nur diejenigen für die Altersklassen vom 10. bis 14. Jahre benutzt werden (wobei wir die Gemeindefschulen mit 95. und die höheren Schulen mit 105. bezeichnen). Die nach Altersklassen berechneten Durchschnittsergebnisse waren:

Alter in Jahren	für die Körpergröße:			
	Knaben		Mädchen	
	95.	105.	95.	105.
10	130,1	134,1	129,0	133,5
11	134,2	137,7	133,9	138,1
12	137,8	142,1	138,7	143,8
13	142,9	147,8	143,5	148,8
14	147,1	153,5	148,5	153,1

Alter in Jahren	für das Körpergewicht:			
	Knaben		Mädchen	
	95.	105.	95.	105.
10	27,0	28,9	26,8	29,8
11	29,0	31,0	28,8	31,7
12	31,1	33,6	31,6	35,5
13	34,1	37,8	35,5	39,6
14	37,7	41,9	40,8	43,9

Durchgängig sehen wir hier bessere Ergebnisse bei den Kindern der höheren Schulen, bei den Knaben und noch mehr bei den Mädchen. Daß der Unterschied zugunsten der Kinder höherer Schulen bei dem Gewicht noch sehr viel stärker als bei der Länge ist, kann man wohl nicht anders als aus Ernährungsunterschieden erklären. Den Knaben und Mädchen aus Gemeindefschulen sind in den höheren Schulen an Länge die Knaben um 3,3, die Mädchen um 3,4 Proz. voraus, an Gewicht die Knaben um 8,5 Proz., die Mädchen um 11 Proz. voraus, wenn man aus den vier vergleichbaren Altersklassen vom 10. bis 14. Jahre die Durchschnittsgröße nimmt. Zu dem sehr bedeutenden Gewichtsunterschied, das die Mädchen höherer Schulen gegenüber den Mädchen der Gemeindefschulen haben, weist das Statistische Amt darauf hin, daß in den höheren Mädchenschulen der Anteil wirtschaftlich besserer Familien noch stärker als in den höheren Knabenschulen zu sein pflegt.

Bei all diesen Zahlen handelt es sich, das betonen wir, um Durchschnittsgrößen. Im einzelnen wird manches Kind aus einer Gemeindefschule ein gleichaltriges aus einer höheren Schule an Länge und Gewicht übertreffen. Viel häufiger findet sich aber das umgekehrte Verhältnis, daß die Kinder aus höheren Schulen in den Längen- und Gewichtszahlen einen bedeutenden Vorsprung vor gleichaltrigen aus Gemeindefschulen haben. Das kommt so oft vor, daß auch in den von der Gesamtheit aller Kinder gewonnenen Durchschnittsgrößen noch der Unterschied zugunsten der höheren Schulen sehr deutlich erkennbar wird. Wie die oben gegebenen Zusammenstellungen zeigen, erreichen die Kinder aus Gemeindefschulen durchschnittlich erst um ein Jahr später die Körperlänge und das Körpergewicht der Kinder aus höheren Schulen.

### Der ewig singende Kanarienvogel

oder — das vergänglichste Osterei, so könnte man diese wahre Geschichte betiteln. Noch sind die gefiederten Sänger, den kalten Frühling scheinend, nicht zurückgekehrt: um so größer aber mein Erstaunen, als ich am Ostermontag-Vormittag melodische Töne hörte — „dort draußen vor dem Tor“ — als schmetterte ein Kanarienvogel seine Lieder in das All, nur ins Riesenhafte verstärkt, gleichsam als ob der Vogel von Adlergröße wäre. Diesem Naturwunder nachzugehen, erschien mir Pflicht. Auf dem Hof traf ich die kleine Grete, das ewig fröhliche Nachbarskind. „Habt Ihr Euch einen Vogel zugelegt — und was ist das für ein Riesentier?“ — „I wo“ — und sie lachte herzlich — „sieh doch hier, Onkel,“ und damit hielt sie mir ein Etwas entgegen, das ich zuerst für ein eigenartig geformtes Zuckerofsterl hielt, so zart waren keine Farben. Rötlich pulste die Grete in eine an dem Dinge befindliche Röhre, und die schönsten Jubelklänge des Kanarienvogels wurden hörbar. Mit einem langen Triller schloß die kleine Virtuosa die Vorstellung ab. „Alle Achtung — ein mechanisches Spielzeug oder richtiger: Wunderwert!“ — bemerkte ich. — „Ja, unten in die Tonne muß man

Wasser tun, und wenn man dann bläst, singt der Vogel oben.“ Und ganz stolz schloß sie hinzu: „Dieser Kanarienvogel ist viel besser als ein lebender, er kann immer und ewig singen.“ — „Ach, du kleine Lörin, wer will heute von „ewig“ sprechen — heute, wo jeder froh ist, wenn er für den nächsten Tag sorgen kann.“

Die Feiertage vergingen, begleitet von dem melodischen Gesang des neuen Mitbewohners unseres ländlichen Heims. Es war etwas viel Vogelgesang; na, das ist die erste Hilfe, das wird sich schon legen. Am „dritten“ Feiertage — die Schulferien gestatten ja diesen Ausdruck — war aber kein Gesang mehr zu hören. Als ich die Treppe herunterging, lag an ihrem Fuße ein Klümpchen, das wie ein aus dem Nest gefallenes Vögelchen aussah. Es waren die Reste des „ewig“ singenden Kanarienvogels. War er der heruntergehenden Grete aus der Hand gefallen und hatte er sich auf die Treintreppe den Tod geholt oder war er das Opfer eines zu intensiven Streites der anderen Kinder geworden — wer weiß es? Also ewig war er nicht, aber ein Wunderwerk doch!

### Ein Meineid.

#### Die „Sittentabelle“ eines Schupowachmeisters.

Der Schupowachmeister K. hat die unter Sittentabelle stehende K. wegen Beleidigung verklagt. Sie hatte seinem Kollegen, als sie wieder einmal auf die Polizeiwache am Bahnhof Zoo gebracht wurde, erklärt: „Sie solle wohl wieder...“ Nach den näheren Umständen befragt, erzählte sie, der K. habe ihr im April, als sie vorgeführt wurde, versprochen, eine Strafanzeige zu unterlassen, wenn sie sich von ihm geschichtlich gebrauchte ließe. Das sei auch an Ort und Stelle geschehen. Der Vorfall wurde dem Hauptmann gemeldet. Wachtmeister K. mußte Antwort stehen. Er leugnete den Vorfall, erklärte die unterlassene Anzeige als Zufall, ersatzlos sie nun hinterher und strengte auf Aufforderung seines Vorgesetzten eine Beleidigungsklage gegen die K. an. Vor Gericht beschwor er keine Aussage. Beschwor sie auch vor der Berufungsinstanz, in der die Verklagte gegen die Gefängnisstrafe von drei Monaten Einspruch erhoben hatte. Eine Zeugin E. bestätigte aber, daß der Schupowachmeister unter den gleichen Umständen auch mit ihr geschichtlich verkehrt habe. Die Strafkammer sprach darauf hin die K. frei.

Damit wäre die Angelegenheit erledigt gewesen. Die Zeitungsberichte über den meineidigen Schupowachmeister hatten unerwartete Folgen für ihn. Er verlor seine Stellung und der Staatsanwalt erhob Anklage gegen ihn wegen Meineids. Nun gestand der Polizeiwachmeister mit der K. verkehrt zu haben, bestritt jedoch, daß das am fraglichen Abend geschehen sei. Er konnte aber keine Erklärung dafür finden, daß er die Anzeige zu erstatten unterlassen hatte. Das „Schwurgericht“ verurteilte ihn zu einem Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust und sprach ihm das Recht ab, je wieder Zeuge zu sein. Der Angeklagte spielte noch im letzten Augenblick den Gentleman und verlegte einem früheren Kollegen einen schweren Hieb. Er verweigerte die Antwort auf die Frage des Vorsitzenden, ob derartige Dinge öfters auf der Wache vorgekommen seien und verbot seinem Verteidiger, an die als Zeugen erschienenen Polizeiwachmeister die Frage zu stellen, ob auch sie ähnliches begangen hätten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob ihnen dergleichen Vorgänge bekannt seien, verneinten die Zeugen.

Daß der Schupowachmeister mit der K. während des Dienstes auf der Wache geschichtlich verkehrt hat, war schimm. Daß er durch diese „Beleidigung“ die Strafanzeige unterließ, war noch schlimmer. Daß er aber ruhigen Gemütes die K. einer Gefängnisstrafe von drei Monaten preisgab, offenbart seine schurkische Gesinnung. Er sah, wie die mit Füßen getretene 25jährige K. nach dem ersten Beleidigungstermin während des Gerichtsgebäude verließ, aber kein Fränkchen Neue rührte sich in seinem Herzen. Verstoß und verlogen, voll Keinlichkeit, lächerlicher Ausreden stand er vor seinen Richtern. Man kann keine junge Frau und kein Kind bedauern, die er ins Unglück gestürzt hat. Daß das Gesetz auf Meineid keine geringere Strafe kennt, ist trotz der Gemeinheit, die der Beurteilte bewiesen hat, zu bedauern.

Eine Verkehrsstörung von einstündiger Dauer trat gestern in der Anstaltenstraße ein. Dort war ein mit Eisenblechen schwer beladener Wagen mitten auf den Schienen zusammengebrochen und störte so den Straßenbahnverkehr. Das Hindernis wurde schließlich mit Hilfe der Besatzung eines Arbeitswagens der Straßenbahn in angestrengter Arbeit beseitigt.

Ein neues Finanzamt Tiegarten ist Potsdamer Str. 122/123 eröffnet worden. Es umfaßt die Stadtbezirke 31—40, 283, 284a, b u. c.

## Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Linnankoski.

„Schön ist sie — von Gott geschaffen,“ lächelte Lutela. Sehr lobte er nicht sein Eigentum, und es war doch ausgesprochen.

Dann stiegen sie auf den Wagen, während alle Leute des Hofes zusahen. Lutela brachte das Pferd mit einem Schmaher in Gang.

Viina war heute besonders gut gelaunt — wie wenn sie ebenfalls die Bedeutung des Tages begriffen hätte. „In dir steckt wohl ein kleiner Renner,“ schmunzelte Lutela, die Zügel straffer anziehend.

Das Pferd holte immer feuriger aus, die Räder kaulten, und die Zinnbeschläge des Geschirrs blühten — auch in Lutela selbst sauste und blühte es.

Er hatte nie vorher bemerkt, daß das junge, helle Birkenlaub sich so wunderbar vom Blau des Himmels abhob.

„Sieh mal, wie die Birkenblätter schon hervordrehen!“ sagte er laut, indem er dachte, daß auch diese jetzt, wie er, ihre Zeit der Verjüngung hatten.

Das Dorfgelände blieb zurück, die Straße tauchte aus der Richtung in eine kleine Waldinsel.

„Die Vögel singen so schön!“ sagte er wieder, in die Bäume hinaufblickend.

Die Braut antwortete nicht.

Mitten in dem Wald befand sich eine flache Senkung. Da stieß ein kleiner Bach und trug das letzte Schmelzwasser des Frühlings dahin.

„Der Bach rieselt auch so hübsch!“ bewunderte Lutela von neuem.

Die Braut schwieg immer noch.

„Sieh, wie die Braut in Gedanken ist,“ lächelte er. „Nun, lassen wir sie, mag sie jetzt für sich denken und sich freuen wie ich.“

Der Wald ging zu Ende, und Viina setzte auf dem sanft geneigten Abhang zu einem scharfen Trabe an. Weiter vorn zeigten sich einige wandernde Kirchgänger.

Sie fuhr an ihnen vorbei, indem sie einen lächelnden Gruß wechselten.

„Sieh einer den Lutela an!“ las er in ihrem Lächeln.

„Hat er sich nicht eine Zunge, Frische genommen, wie wenn's

nicht anders sein könnte! Nun, wer jung etwas ist, ist es auch all!“

Danach sah man Kirchgänger in dichteren Scharen. Als sie an den nächsten vorbeikamen, konnte sich Lutela nicht enthalten, hinzuzufügen: „Schönes Wetter heute!“

„Und 'ne angenehme Zeit!“ erwiderte einer mit viel-sagendem Zwinkern — und die anderen lächelten.

„So ist's, so ist's,“ schmunzelte Lutela immer zufriedener.

Die Straße führte jetzt durch einen großen, jungbesäten Acker. Die langen fetten Schläge taten Lutelas Landwirtschaftsauge wohl und lockten ihn gleichsam, den Frühlingsduft der feuchten Erde in die Nase einzuziehen.

„Da kann das Haferkorn gut keimen!“ äußerte er vergnügt.

Die Braut sagte auch dazu nichts.

Aber es schien Lutela, als müßten sie doch etwas miteinander reden.

„Bieviel Hektlo sind denn bei euch in diesem Frühjahr Hafer geerntet worden?“ fragte er leichthin. „Weißt du das zufällig?“

„Rein!“ antwortete die Braut. Aber sie erschrak selbst über ihre kurze Antwort und fügte eilig hinzu: „Ich hab' es nämlich nicht gehört.“

„Zehn Hektlo hat doch dein Vater gewiß mindestens ausgeerntet,“ sprach Lutela zufrieden.

Da wurde auch schon die Kirche sichtbar. Lutela ließ Viina scharf ausgreifen.

Näher herangelangt, fuhr sie an einer Schar Burfschen vorbei. Lutela fühlte sich länger und schlanker werden, er straffte Viina stolz den Kopf in die Höhe und fuhr ohne einen Seitenblick vorbei.

„So wird ein Mädchen davongeführt!“ hätte er gern gerufen. „Was meint ihr dazu?“

Auf dem Kirchgügel waren schon ziemlich viel Leute beisammen. Die Pferde standen an den Zäumen und den Befestigungsbarren entlang. Menschen bewegten sich hin und her oder bildeten, leise miteinander redend, kleine Gruppen.

Lutela fuhr zu einer Barre. Er gedachte, seiner Braut richtig vom Wagen herunterzuhelfen, aber sie sprang so schnell herab, daß er nur ein wenig ihren Ärmel streifen und lächeln konnte.

Dann setzten sie sich ebenfalls in Bewegung.

Lutela kam es vor, als lähen alle nur sie an, besonders jedoch ihn.

„Weshalb bist du denn so scheu?“ schmunzelte er leise seiner Braut zu, die von Zeit zu Zeit leicht zu erröten und zu zögern schien. Er selbst schritt erhabenen Hauptes aus, lächelte mit seinem wärmsten Lächeln, nickte nach rechts und nach links und fuhr einigemal mit der Hand nach dem Rücken schirm.

„Wollen wir auf den Kirchof gehen und uns die Grabkreuze ansehen?“ schlug er seiner Braut vor.

„Ja, meinewegen!“ sagte sie, sich erheiternd, und ging gerade aus auf ein kleines Seitentor zu.

Lutela lachte: „Aber doch nicht durchs Hinterpförtchen, komm nur durch das Haupttor.“ — Die Braut folgte ihm verlegen.

In der Nähe des Tores standen einige bekannte Bauernwirte. Lutela hielt jedoch nicht an, sondern nickte ihnen nur im Vorbeigehen zu.

„Du hast wohl jetzt keine Zeit, mit uns zu reden?“ sagte einer, scherzhaft herüberblinzelnd.

„Ein andermal, ein andermal,“ lächelte Lutela über die Schulter, während er seinen Weg zufrieden fortsetzte.

Bei dem Tor hielt ein Händler Kuchen feil, ja er hatte auch Limonade auf dem Deckel einer großen Kiste. Der Verkäufer zwinkerte ganz besonders Lutela zu und sah zugleich nach der Braut.

Lutela hätte gern etwas gekauft — nur deswegen, weil er alles dies so ergötlich fand und die Menschen so besonders aufmerksam waren. Aber er war zu stolz, um vom Deckel einer Kiste anzubieten, darum lächelte er bloß und nickte freundlich mit dem Kopf.

Sie traten in den von einer bemosten Blokmauer umgebenen Kirchof, dessen eine Hälfte als Gottesacker diente. Die Birken und Weiden grüntem, die Espen allein standen dunkel, kahl und ernst.

Die Verlobten gingen auf den Wegen des Friedhofs umher, indem sie dann und wann haltmachten und die Grabinschriften lasen. Die Braut sprach kaum etwas, Lutela aber hatte hin und wieder ein gutmütiges Wort über frühere Jugendbekannte, von denen viele bereits in der Erde ruhten.

Sie waren vor einem einsamen, polierten Stein stehen geblieben.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Straßenbahnlinien.

Vom 1. Mai ab werden die folgenden Betriebsveränderungen und Linienänderungen auf der Straßenbahn durchgeführt: 1. Einrichtung einer neuen Linie: 148. Reußlin, Kaiser-Friedrichstraße, Teupitzer Straße—Swine-

In einer öffentlichen Wählerversammlung in Erkner sprach Genosse Konrad Haenisch über „Die kommende Reichstagswahl“. Nachdem der Referent auf das politische Bild Deutschlands, das bei dieser Reichstagswahl durch eine Unzahl von Parteien gekennzeichnet wird, hingewiesen hatte, zeichnete er wirkungsvoll die großen Probleme der Innen- und Außenpolitik.

Der neue Potsdamer Bürgermeister. Die letzte Stadtverordnetenversammlung von Potsdam wählte zum Oberbürgermeister den bisherigen Bürgermeister Arno Kaucher.

Die Deutsche Gastwirts- und Konditoreiindustrie in der Ausstellung. Die Deutsche Gastwirts- und Konditoreiindustrie ist von Firmen aus allen Zweigen der für das Gastwirts- und Konditorei- und Restaurantgewerbe in Frage kommenden Industrien besetzt.

Schweizer Lokomotivführer über das Gotthardunglück. Der Schweizerische Lokomotivführer-Verband hielt in Bern eine Delegiertenversammlung ab, in der das Unglück von Bellinzona besprochen wurde. Es wurde eine Resolution gefasst, in der bedauert wird, daß die Verarmung der Schweizerischen Bundesbahnen durch Verschwendung versucht, die öffentliche Meinung durch sehr einseitige und unvollkommene Mitteilungen zu beeinflussen.

Eine telegraphische Welttournee. Die Worte, mit denen der englische König die Ausstellung in Bombay eröffnete, haben in 80 Sekunden die ganze Erde umkreist. Unmittelbar nach der Rede des Königs wurden die Schlusssätze: „I have this moment opened the British Empire Exhibition“ auf eine telegraphische Welttournee durch das britische Imperium geschickt.

Finanzamtliche Bekanntmachung. Am 1. Mai d. J. wird ein neues Finanzamt (XVII), umfassend die Stadtbezirke 21-40, 22, 23, 24 a, b und c errichtet.

Öffentliche Versammlungen

heute, Dienstag, den 29. April, abends 7 1/2 Uhr: Wedding (16. Abt.): Lokal Krüger, Hufschmiedestraße 34. Prenzlauer Berg: Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11 (Lichtbildvortrag).

Öffentl. Wählerinnenversammlungen

heute, Dienstag, den 29. April, abends 7 1/2 Uhr: Treptow: Zeichensaal Schule Wildenbruchstraße. Bohnsdorf: Lokal Heimann, Waltersdorfer Straße. Lichtenberg: Schulaula Marktstr. 10/11.

Große öffentl. Beamtenversammlung

heute, Dienstag, den 29. April, abends 7 1/2 Uhr: Mariendorf: Schulaula Königstr. 26. Tagesordnung: „Beamtenchaft und Reichstagswahl“. Referent: Landgerichtsrat Ruben.

Öffentliche Wählerversammlungen

Mittwoch, den 30. April, abends 7 1/2 Uhr: Wedding (14. Abt.): Schulaula Demminer Straße. Prenzlauer Berg (24. Abt.): Herrmannsheim, Carmen-Syloa-Straße (Kolonie).

Öffentl. Beamtenversammlung

Mittwoch, den 30. April, abends 7 1/2 Uhr: Charlottenburg: Schulaula Schillerstr. 25/26. Tagesordnung: „Beamtenchaft und Reichstagswahl“. Referent: Reg.-Oberinspektor Biermann, Ministerialrat a. D. Falkenberg.

Am 1. und am 2. Mai werden in einer Anzahl Malveranstaltungen resp. öffentlichen Versammlungen der Partei die Genossen Dr. Otto Bauer-Wien und Dr. Karl Renner-Wien, als Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie, zur Berliner Arbeiterchaft sprechen

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 1. Rennen: 1. Hauptmann (G. Treuberg), 2. Ring (Kogowitsch), 3. Elfe B (G. Grube). Toto: 14: 10. Platz: 10, 11: 10. Ferner liefen: Baron Klatawah.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 2. Rennen: 1. Importation (Großmann), 2. Importeur (A. Wils), 3. Peter Dornel (G. Grube). Toto: 26: 10. Platz: 24, 31: 10. Ferner liefen: Corona Dr. Kinner, Damaid, Lady Bodsworth.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 3. Rennen: 1. Kaiser J (H. Schleuner), 2. Longobardo (G. Grube), 3. Egidio (A. Schütz). Toto: 57: 10. Platz: 15, 13: 10. Ferner liefen: Baron Agorich, als 1. disqualifiziert, 20 Gros. der Sieg- und Platzwetten zurück.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 4. Rennen: 1. Jura (F. Brand), 2. Heideprinz I (G. Paul), 3. Wallkönig I (Röster). Toto: 164: 10. Platz: 24, 14, 13: 10. Ferner liefen: Albatros, Alstern, Flora Bingen, Doctor Kew jr., Prinz Studer, Jusuf, Hartensfeld.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 5. Rennen: 1. Teufelsbart (Hm. Schleuner), 2. Cobra (G. Grube), 3. Prinz Adell (G. Grube). Toto: 30: 10. Platz: 17, 27, 31: 10. Ferner liefen: Manfred, Schlob, Glänzen IV, Angreif, Mih Greger.

Wetter für Berlin und Umgegend. Wind und überwiegend bewölkt mit Regenschauern bei ziemlich starken westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

1. Kreis Prenzlauer Berg. Jede Abteilung muß mindestens 6 Helfer am Wahltag am 1. Mai in den Wahllokalen anwesend sein. Teilungspunkt am 1. Mai um 8 1/2 Uhr im Lokal Biagemann, Gortzstraße, Ecke Weidenburger Straße.

Dienstag, den 29. April:

12. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Siebich Funktionärskonferenz. (Vielens, Ecke Wilhelmshagenstraße.) 13. Wkt. Die Genossen finden sich jeden Abend in unserer Zentrale bei Gott. Amptor, Ecke Buchenbühl, ein zur laufenden Wahlarbeit.

Morgens, Mittwoch, den 30. April: Mitglieder- und Jahrlabende in Groß-Berlin!

1. Wkt. 7 1/2 Uhr Schulaula Auguststr. 65. 2. Wkt. Mittwoch 7 Uhr bei Obergmann, Kommandantenstr. 28. Politische Versammlung. Einleitung der Wahlarbeit.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 6. Rennen: 1. Ritter (G. Grube), 2. Germania (G. Grube), 3. Baron Joo (A. Wils). Toto: 46: 10. Platz: 17, 35: 10. Ferner liefen: Agorich, A. Margot I, Wallkönig.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 7. Rennen: 1. Florian (Hm. Schleuner), 2. Rind (H. Schleuner), 3. Egidio Agorich (G. Grube). Toto: 104: 10. Platz: 23, 15: 10. Ferner liefen: Wilgald, Homer, als 2. disqualifiziert.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 8. Rennen: 1. Gessies jr. (G. Grube), 2. Germania (G. Grube), 3. Baron Joo (A. Wils). Toto: 46: 10. Platz: 17, 35: 10. Ferner liefen: Agorich, A. Margot I, Wallkönig.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 9. Rennen: 1. Kaiser J (H. Schleuner), 2. Longobardo (G. Grube), 3. Egidio (A. Schütz). Toto: 57: 10. Platz: 15, 13: 10. Ferner liefen: Baron Agorich, als 1. disqualifiziert, 20 Gros. der Sieg- und Platzwetten zurück.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 10. Rennen: 1. Jura (F. Brand), 2. Heideprinz I (G. Paul), 3. Wallkönig I (Röster). Toto: 164: 10. Platz: 24, 14, 13: 10. Ferner liefen: Albatros, Alstern, Flora Bingen, Doctor Kew jr., Prinz Studer, Jusuf, Hartensfeld.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 11. Rennen: 1. Teufelsbart (Hm. Schleuner), 2. Cobra (G. Grube), 3. Prinz Adell (G. Grube). Toto: 30: 10. Platz: 17, 27, 31: 10. Ferner liefen: Manfred, Schlob, Glänzen IV, Angreif, Mih Greger.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 12. Rennen: 1. Florian (Hm. Schleuner), 2. Rind (H. Schleuner), 3. Egidio Agorich (G. Grube). Toto: 104: 10. Platz: 23, 15: 10. Ferner liefen: Wilgald, Homer, als 2. disqualifiziert.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 13. Rennen: 1. Gessies jr. (G. Grube), 2. Germania (G. Grube), 3. Baron Joo (A. Wils). Toto: 46: 10. Platz: 17, 35: 10. Ferner liefen: Agorich, A. Margot I, Wallkönig.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, den 28. April. 14. Rennen: 1. Kaiser J (H. Schleuner), 2. Longobardo (G. Grube), 3. Egidio (A. Schütz). Toto: 57: 10. Platz: 15, 13: 10. Ferner liefen: Baron Agorich, als 1. disqualifiziert, 20 Gros. der Sieg- und Platzwetten zurück.

LIKÖRE MAWELI WEINBRAND. Mawel Akt. Ges. Mainzer Weinbrennerei & Likörfabrik Mainz-Berlin SW. 68 Lindenstr. 3 Tel. Dönhoff 6974



